

Die Lübecker Volksboten

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Hierzu eine Beilage und
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die Reichsverbandshefe gegen die Krankenkassen.

In der berichtigten Reichsverbandsbrochüre des Dr. Möller wird u. a. von dem Vorstand der Dresdener Ortskrankenkasse behauptet, „bei Einführung des Tarifs in Dresden sei auf 40 (sozialdemokratische) Außenbeamte die Hälfte der ganzen zur Gehaltsaufbesserung verwandten Summe gekommen, während der Rest sich auf die fünfmal so große Zahl von Bureaubeamten verteile.“

Das ist absoluter Schwindel. Die Außenbeamten erhielten durchschnittlich 83,38 Mk., die Innenbeamten 88,18 Mark Zulage. 32 Außenbeamte erhielten zusammen 2668 Mark, 157 Innenbeamte 13 844 Mark Zulage. Mit der Rechenkunst scheint demnach Möllers Gewährsmann bewusst auf dem Kriegsfuß zu stehen.

Auf Seite 375 des Möller-Machwerks wird behauptet, der Sekretär Hering, der Unterschlagung beginnt, sei „ein Liebling des sozialdemokratischen Kassenvorstandes“ gewesen. H. gehörte zu den nationalen Beamten und stand dem Vorstande ebensowenig wie andere näher. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß bei der Ortskrankenkasse Dresden Unterschlagungen und kriminelle Verfehlungen nur von sogenannten nationalen Beamten begangen wurden, niemals von solchen, die dem Bureaubeamtenverband angehörten oder als Sozialdemokraten bekannt waren.

Dass die Erhöhung des Arzthonorars über 3000 Mk. nur bei Arzten erfolgt, die beim Kassenvorstand „beliebt“ sind, ist eine glatte Lüge. Der beste Beweis dafür ist, daß der bekannte Dr. Baron, der die Ortskrankenkasse Dresden besonders in der letzten Zeit, aber auch während der ganzen Zeit seiner Amtststellung durch Wort und Schrift bekämpfte, selbst mehr als 3000 Mk. an Honorar erhielt.

Wenn die Lügenverhänder dem Vorsitzenden der Dresdner Ortskrankenkasse, Genossen Frasdorf, ein Einkommen von 12 000 bis 15 000 Mk. andichten, so ist eine Widerlegung eigentlich überflüssig. Als Vorsitzender der Kasse bezahlt Frasdorf 1500 Mk. Entschädigung, was für die intensive Arbeit, die bei einer Kasse von nahezu 120 000 Mitgliedern geleistet werden muß, eher zu wenig als zu viel ist.

Dass im Dresdner Stadtverordnetenkollegium von den Reichsverbändlern nahestehender Seite seinerzeit behauptet worden ist, die Beamten würden von Vorstandsmitgliedern zum Eintritt in eine freie Gewerkschaft gezwungen, ist zwar Tatsache. Aber diese Demunition beruhte auf blanke Unwahrheit, wie von den Aufsichtsbehörden ausdrücklich anerkannt worden ist.

Dass in der Brochüre die Aufforderung des Vorsitzenden Frasdorf zur Unterlassung jeder Agitation in der Kasse als „nur zum Schein abgegeben“ bezeichnet wird, entspricht der persiften Art dieser „Wahrheitsküntler“.

Ebenso unwahr ist es, daß sich Frasdorf auf der Hauptversammlung der Ortskrankenkassen in Meilen gegen die ortsgesetzliche Versicherung der Heimarbeiter ausgesprochen hat. Er hat nur darauf hingewiesen, daß die Betriebskrankenkassen die schlechten Risiken in solchen Fällen den Ortskrankenkassen aufziehen würden, weshalb eine Zentralisation der Ortskrankenkassen erfolgen müsse, um das Risiko gleichmäßiger verteilen zu können.

Das ist nur eine kleine Auslese der persiften Unrichtigkeiten, wegen deren der Vorstand einstimmig beschlossen hat, den Verfasser zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Die Situation auf den Seeschiffswerften.

In den Kreisen der Werftarbeiter macht sich gegenwärtig eine lebhafte Erregung bemerkbar, weil die Werftbesitzer die im Oktober vorigen Jahres getroffenen Vereinbarungen in einer Weise auslegen, die den damals getroffenen Abmachungen direkt widersprechen. Vereinbart wurde im Oktober, daß für alle Orte resp. Werften Mindesteinstellungslöhne vereinbart werden sollen; als Grundlage hierfür sollten die in den einzelnen Orten bisher gezahlten Einstellungslöhne unter Zugabzug von 2 Pf. pro Stunde gelten. Die Arbeitervertreter machten jedoch damals darauf aufmerksam, daß hierunter nicht etwa verstanden werden dürfe, daß, wenn im Ausnahmefall einmal ein besonders niedriger Einstellungslohn gezahlt sei, dieser etwa als Grundlage angenommen werden könnte.

Mittwoch, den 11. Januar 1911.

18. Jahrg.

Es müssten hier die in der Regel bezahlten Einstellungslöhne in Frage kommen. Dem stimmen die Arbeitgeber zu. Die Höhe der Einstellungslöhne sollte laut Protokoll der „örtlichen Vereinbarung vorbehalten bleiben“ und würden zu diesem Zweck und zur Regelung anderer Streitpunkte Ortskommissionen gebildet.

Wie es zur Verhandlung über die Einstellungslöhne kam, nahmen die Arbeitgeber den Standpunkt ein, daß der bis dahin geachte niedrigste Einstellungslohn zugesagtlich 2 Pf. die Stunde als Einstellungslohn für die Folgezeit festzulegen sei. In einzelnen Orten gingen sie sogar soweit, vor drei Jahren gezahlte Löhne als Grundlage zu verlängern. Wie die Unternehmer operieren, dafür ein Beispiel. Auf einer Werft, die zirka 18 Maler beschäftigt, war ein einziger Arbeiter mit 37 Pfennig Stundenlohn eingestellt, während alle übrigen mindestens 40 Pfennig als Einstellungslohn erhielten. Die Werft verlangte nun, daß die gezahlten 37 Pf. als Grundlage genommen werden sollten. Es wäre somit für die Male der Werft für die Zukunft ein Einstellungslohn von 39 Pfennig in Frage gekommen, also eine erhebliche Verschlechterung. Das aber für alle Arbeiter — auch die neu einzustellenden — eine erhebliche Verbesserung eintreten sollte, haben die Unternehmer-Berater damals immer wieder betont; es ist darum ein starkes Stück, das stark nach Provokation riecht, wenn die Werftbesitzer in dieser Weise verfahren. Weil die Arbeiter sich Verschlechterungen bei den Einstellungslöhnen nicht gefallen lassen wollten, war eine Einigung über die Einstellungslöhne nur in Kiel, Flensburg, Lübeck und Rostock möglich. Auch die Zustellung von je einem Unternehmer- und Arbeitervertreter aus der zentralen Verhandlungskommission führte zu keinem Ergebnis, weil der Unternehmervertreter die Handlungswweise der Werftbesitzer als mit den Vereinbarungen im Einklang stehend bezeichnete. Wegen der Akkordarbeiten wurde vereinbart, daß diese möglichst verkürzt werden sollten. Dieser Vereinbarung sind zwar die meisten Werften nachgekommen, aber gleichzeitig haben sie erhebliche Reduktionen der Akkordpreise vorgenommen. Die Arbeiter forderten seinerzeit, daß bei Lohnakkord- und Akkordarbeit ein Überverdienst von 33½ Prozent über den äußerst niedrig gehaltenen Stundenlohn zugesichert werden sollte. Bis dahin wurde ein Überverdienst von 25—40 Proz. zugelassen. Diese Forderung der Arbeiter lehnten die Werften ab, es wurde aber vereinbart, daß die Akkordpreise so gestellt werden müssen, „daß der Arbeiter einen seinen Lohn übersteigenden Verdienst erzielen kann“. Wiederholt wurde hierbei ausgesprochen, daß Verschlechterungen nirgends eintreten dürfen. Das wurde auch im Protokoll ausdrücklich festgelegt. Es heißt dort: „Günstigere Arbeitsbedingungen sollen durch diese Vereinbarungen nicht berührt werden.“ — Jetzt werden auf einer Anzahl Werften die Akkordpreise so gestellt, daß der Arbeiter seinen Stundenlohn nur um wenige Prozent übersteigt. Damit sollen die Vereinbarungen erfüllt sein, weil „ein den Stundenlohn übersteigender Verdienst“ erzielt ist.

Für Hamburg wurde vereinbart, daß über Zeitarbeit nach den bisherigen Sägen bezahlt werden sollte, wenn jedoch über zwei Stunden hinaus Überstunden gemacht werden, „so sind sämtliche Stunden, auch die beiden ersten, als Nacharbeit zu entzählen.“ Vereinbart wurde nun, daß die Verhältnisse für die anderen Werften (außer Hamburg) „eine Anleitung an die oben ausgetragene und vereinbarte Regelung für die Hamburger Werften geordnet werden soll.“

Die Arbeiter der übrigen Werftorte verlangen gemäß dieser Vereinbarungen die Bezahlung der Überzeitarbeit in der gleichen Weise wie in Hamburg. Die Werftbesitzer und ihr Vertreter in der zentralen Kommission lehnten das ab.

Dass eine derartige willkürliche Auslegung der Vereinbarungen erbittern muß, ist klar. In den Unterwerorten soll im Januar in Betriebsversammlungen zu diesem Verhalten der Unternehmer Stellung genommen werden. Die Stettiner Werftarbeiter haben schon in überfüllten Versammlungen gegen diese Willkür protestiert, sie verlangen von den Organisationsleitungen die Ergriffenheit von Maßnahmen, um eine Änderung dieser Dinge herbeizuführen.

Es scheint so, als wenn die Werftbesitzer die Arbeiter zu unvorsichtigen Maßnahmen provozieren wollen. Die Arbeiter werden ihre Ruhe nicht verlieren; die Verbände aber werden vom Verband der Metallindustriellen verlangen müssen, daß die Vereinbarungen nach Trenn- und Glauben ausgelegt und auf den Werften auch durchgeführt werden.

Politische Rundschau

Denksäule.

Die erste Reichstagsitzung.

In der ersten Reichstagsitzung nach den Ferien, zu deren Anfang der Präsident Graf Schwerin-Löwitz, abweichend von sonstigen engerzigen Gesetzgebungen deutscher Parlamentspräsidenten, seinem Vorgänger Grafen Ballenstrem, obwohl dieser nicht bis zu seinem Ende Mitglied des Hauses gewesen, einen nicht überflüssigen Nachruf widmete, wurde die Interpellation der Freisinnigen über die vielleicht volksfeindlichste der schwarz-blauen Steuern, die Eisenholzsteuer, beraten. Selbst der sehr weit rechtsgehende ehemalige Blockfreisinnige Görres sand als Begründer der fortschrittlichen Interpellation scharfe Worte. Mit allerhand wohlfeilen Redensarten glaubte der Reichsschaffenssekretär Werner die Interpellanten und die notleidenden Bündholzarbeiter abspeisen zu können. Der Zentrumspolitiker Oppersdorf stellte durch eine übermäßig lange Rede die Geduld des Hauses auf eine harte Probe. Es wird wohl an der Nähe der Wahlen liegen, daß der ultramontane Redner die früher von seiner Partei brusk abgelehnte Entschädigung der Bündholzarbeiter nunmehr als diskutabel bezeichnete. Der nach Aufnahme in den Schoß des Bethmannblocks lästernde Nationalliberalen Olann hielt eine echt mittelparteiliche Einerseits-Andererseits-Rede, während Dietrich Hahn in gewohnter Weise eine mit fastigen Anteilen verstreute Liberaler gepickte Agitationspaube losließ, auf die eine Sorte persönlicher Bemerkungen folgte. Ein sei es mißverständlich, sei es absichtlicher Versuch, die Fortsetzung der Beipräfung der Interpellation herauszuschieben, wurde auf der Stelle vom Genossen Singer durchkreuzt. Die Mittwochsitzung beginnt mit der Fortsetzung der nicht zu Ende gekommenen Bündholzsteuerdebatte, worauf sodann Rechnungssachen vorgenommen werden sollen.

Die preußische Thronrede.

Die Thronrede, mit der am Dienstag mittag der preußische Landtag eröffnet wurde, entspricht nach ihrem Inhalte den bereits gemeldeten Mitteilungen. Sie wurde von Bethmann-Hollweg verlesen und führt aus: Die Besserung der Staatsfinanzen dauerte fort; besonders habe sich der Reingewinn bei den Staatsseisenbahnen günstig entwickelt. Trotz der höheren Veranschlagung der Staats-einnahmen für 1911 reichten die Mittel zur Deckung des Ausgabebedarf nicht aus. „Der Etat, der Ihnen alsbald zugehen wird, schlägt daher wiederum mit einem, wenn auch geringeren Fehler betrage ab, der jedoch hinter der zur Erfüllung des Ausgleichs der Eisenbahnverwaltung vorgehenen Summe noch zurückbleibt.“

Angekündigt werden der Gesetzentwurf über die Bildung von Zweckverbänden und die Aufwendung erheblicher Staatsmittel für Zwecke der inneren Kolonisation. Über das Pflichtfortbildungsschulgesetz wird gesagt:

Um die körperlichen und seelischen Kräfte der Schul-entlassenen-Jugend zu entwickeln und für das Leben zu festigen, hat sich die Staatsregierung entschlossen, eine planmäßige Ausgestaltung der Jugendpflege einzuleiten. Zur Durchführung dieser Aufgabe sind im Staatshaushalt für 1911 besondere Mittel vorgesehen. Demgleichen Zwecke wird die weitere Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens dienen, das die wirtschaftliche Förderung des heranwachsenden Geschlechts zum Ausgangspunkt für eine stetige Erziehung nimmt. Ein Gesetz, durch das die Errichtung von Pflichtfortbildungsschulen für die männliche Jugend in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern sichergestellt werden soll, wird Ihnen demnächst zugehen.“

Inhaltloser konnte die Thronrede in der Tat nicht ausfallen. Kein Wort zu der Frage, die für Preußen die brennendste ist: der Frage der Wahlrechtsreform. Auch über das Enteignungsgesetz und die so dringend notwendige Reform der direkten Steuern schwieg sich die Thronrede aus. Es war in letzter Zeit viel davon die Rede, daß die Feuerbestattung endlich auch in Preußen durch besonderes Gesetz zugelassen werden sollte; die Thronrede sagt darüber nichts.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus brachte der Finanzminister am Dienstag den Etat ein. Das Bild, das er von der allgemeinen Finanzlage gab, ist ein recht erfreuliches. Das Defizit für 1909, das ursprünglich auf 155 Millionen veranschlagt war, beträgt in Wirklichkeit nur 23 Millionen, und der neue Etat, der in Einnahmen und Ausgaben mit 4 Milliarden balanciert, wird voraussichtlich überhaupt keinen Fehlbeitrag erbringen. Im einzelnen ist hervorzuheben, daß die Mehrüberschüsse der Betriebsverwaltung auf 31 Millionen veranschlagt sind. Im besonderen sind daran die Eisenbahnverwaltung beteiligt. Dagegen sind

ble Uberschüsse bei der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern zum Teil durch den Einfluss der Reichsfinanzreform erheblich zurückgegangen. Einmal bleibt den Einzelstaaten vom 1. April 1911 ab nur noch der vierte Teil der in ihrem Bereich aufgebrachten Erbschaftssteuer, ferner ist vor allem unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Schnapsboykotts die Vergütung für Erhebung und Verwaltung der Branntweinsteuer um 1,8 Millionen Mark gesunken.

Von besonderem Interesse ist noch die Tatsache, daß sich im Etat des Kultusministeriums eine Million Mark für Veranstaltungen Dritter zur Förderung der schulentlassenen Jugend befindet; mit dieser Summe so also die freie Jugendbewegung bekämpft werden.

Der Finanzminister hält sich streng an sein Zahlensmaterial. Politische Betrachtungen schloß er ganz aus, und die wirtschaftliche Lage berührte er nur, als er von der Unzufriedenheit der Syndikate und von dem Kampfe aller gegen alle zum Schaden der kleinen und mittleren Existenz sprach. — Die Staatsberatung wird am Sonnabend beginnen.

Bu Kreuze gekrochen?

Nach dem „Freiberger Anzeiger“ soll sich der Vorsitzende des sächsischen Lehrervereins, Sättler, bei einer Unterredung mit einem seiner Vorgesetzten zum bibel- und bekenntnismäßigen christlichen Religionsunterricht in der Volksschule bekannt und sein Bekennnis auch schriftlich bestätigt haben. Da Sättler gegenwärtig verreist ist, liegt noch keine Bestätigung der Meldung vor, die man in Dresden für sehr wahrscheinlich hält.

Sättlers glaubenseitiges Bekennen würde eine schroffe Absage an die Forderungen der Zwicker Thesen bedeuten, ein Verzicht auf den Versuch, dem pädagogischen Aufzug des religiösen Schuldrills die schlimmsten Jähne auszubrechen. Sachliche Sättlerseelen scheinen von dem Bußeisen ihres Lehrerprinzen so hingerissen worden zu sein, daß auch sie sich beeifern, zu verbannen und zu verurteilen, was — vom sächsischen Kultusministerium verurteilt und verurteilt wird.

Überflüssige Gesetze.

Das mit der Polizei Führung unterhaltende Scharfacherblatt, die „Post“, kann mitteilen, daß demnächst wieder Straßendemonstrationen zugunsten der Wahlrechtsänderung in Preußen stattfinden werden. Die „Post“ und ihre Hintermänner haben anscheinend etwas läuten hören, wissen aber nicht, wo die Glocken hängen. Tatsächlich sind für Sonntag, den 22. Januar, in ganz Preußen Massenversammlungen geplant, Straßendemonstrationen werden aber nicht stattfinden. Lockpistel und ähnliche ehrenwerte Leute werden also an diesem Tage nichts zu tun bekommen.

Zur Aufheiterung.

Die „Kreuzzeitung“, die vom Sozialismus noch weniger versteht, wie weiland Eugen Richter, läutet sich über „Sozialismus in Nordafrika“ folgenden anmutigen Blödsinn schreiben:

Was der Sozialismus in der Praxis an Gleichgültigkeit, Lügenhaftigkeit, Scheinheiligkeit, Auszeichnung der Arbeitgeber und überhaupt an Rückgang aufweist, zeigt sich deutlich in Nordafrika. Das Volk, das vor tausend Jahren hohe Bildung, Reichtum oder Verfeinerung aufwies, ist durch Einmündung von Eibern über gemeinsames Eigentum zu einer abgestumpften Rasse von schmugigen, völlig ungebildeten armen Horden herabgesunken, die feindlich gegen ihre Nachbarn geführt sind und mit diesen in offener oder geheimer blutiger Feindseligkeit liegen — denn weiter als bis zur Gemeinsamkeit des Besitzes innerhalb des Stammes hat man es nie gebracht. Danach hört alle Gemeinschaft auf, um in Hass, Diebstahl und Streitigkeiten überzugehen.

Das Beispiel ist der Beachtung wert. Es stützt sich auf eine vielluhndjährige Erfahrung.

Die Sozialisten und die Apostel der freien Liebe sollten zur Sahara fahren, um zu sehen, wohin ihre Theorie in der Praxis führen. Wahrscheinlich würden sie sich wundern.

Wir können der „Kreuzzeitung“ versichern: wir wundern uns nicht!

Hansa-Pfennige.

Ein Aufruf des Schutzverbandes der Brauereien der Norddeutschen Brauergemeinschaft und verwandter Gewerbe fordert die Mitglieder auf, für jeden Doppelzentner der im letzten Geschäftsjahr in dem betreffenden Betriebe verbrauchten Malzmenge mindestens einen Pfennig für den Hansabund-Wahlkonds zu spenden. Den edlen Gebern wird verprochen, die aufgebrachten Mittel sollten zunächst für die Unterstützung von Kandidaten reserviert bleiben, die dem Brauereigewerbe angehören.

Kurpfälzerzeug und bürgerliche Presse.

Der Berliner Zeitungsverleger hat einen gehärrten Protest gegen die Kurpfälzerzeugvorlage an den Reichstag gerichtet. Die Bezieher der bürgerlichen Presse interessieren an dem ganzen Gelege in der Hauptstadt natürlich nur jene Bestimmungen, die geeignet erscheinen, ihnen das Inszenierungsrecht zu verderben. Deshalb wandten sie sich auch mit alter Schärfe dagegen, daß der Redakteur einer Zeitung für den Inhalt der Intervalle verantwortlich gemacht werden sollte.

Die rheinische Bündlerparade.

In Düsseldorf lagte am Montag die Generalversammlung des Bundes der Landwirte für die Rheinprovinz, bei welcher der Bundesdirektor Abg. Dietrich Haas einem Zusammensehen des Zentrums mit den Konservativen und den Nationalliberalen unter der Devise: „Schlag der nationalen Arbeit“ das Wort redete. Die Bündler wußten sich freimachen von den Börsen- und Freihändlerkreisen des Hansabundes. Sehr auffällig wurde Haas gegen Böllow, der bei der Blockpolitik nicht zu sehr dem Liberalismus Rechnung getragen habe. Schon wußte sich Haas gegen die Reform des preußischen Wahlrechts. Er lobte Preußen als das freiherrliche Land der Welt.

Der „vergangene Westen“.

Die „Rheinische Volkszeitung“ legt trotz der „Rheinischen Allgemeinen Zeitung“ und trotz der „Germania“ ihren Schlag gegen den Bauschwarz-Gesetzesentwurf fort. Sie erinnert sich jetzt als Zeuge einer Verhandlung

steuer, bekämpft aber den vorliegenden Entwurf mit solgenden Einwänden:

Die Vorlage hat große Mängel, sie enthält tatsächlich ungerechte Bestimmungen, sie ist unreif, in der Handhabung unmöglich, zu einem wahren Rattenkönig von Verwicklungen und Schwierigkeiten Anlaß gebend. Man überstürze also die Sache nicht, sondern überlege sie reiflich, unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte.“

Etwas Kriegsheterei.

Die von einigen Großindustriellen unterhaltene „Post“ macht zur Abwechslung wieder in Kriegsheterei. Sie veröffentlicht einen Artikel ihres Mitarbeiters „Silesius“ (angeblich ein hoher Offizier), in welchem dieser Kriegsfreund freiem Sehnen nach einer „politischen Sonnenwende“ Ausdruck gibt. Die innere deutsche Politik erscheint ihm trübunkel, den äußersten Tiefstand, den dunkelsten Tag, werde wohl erst „der nächste Reichstag mit seinen schwarzen Bannern“ bringen. Aber in der äußeren Politik sei die Bahn für eine aktive deutsches Politik frei: in dem neu besiegten Dreikönige (!) und — in der erstarkenden Türkei werde sie wenigstens bis zu einem gewissen Grade eine feste Stütze finden! Silesius fordert auf Grund solcher höchst zuverlässigen Stützen nichts weniger als eine „entschlossene Expansionpolitik“. „Der dominierende deutsche politische Einfluss und der Kolonialbesitz“ so meint er, „seien zu erweitern und die deutsche Machtposition auf dem europäischen Festlande und auf dem Weltmeere zu sichern. Eine solche Politik sei keineswegs eine Kriegspolitik, sondern „nur“ eine solche, die entschlossen sei, ihren politischen Willen auch gegen feindliche Angriffe zu behaupten, wenn es darauf ankomme, auch mit den Waffen.“ Mit brüderlichem Schmerz erhebt Silesius den Vorwurf, in Deutschland glaube man sofort die Rüstungen vernachlässigen zu können, weil keine akute Krise vorliege; so daß die Zeit der „politischen Sonnenwende“ noch fern sei — in der die Geschäfte derer blühen, von denen sich die Hezpost aushalten läßt!!

Die hessischen Nationalliberalen und die Reichstagswahlen.

Unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Omann tagte am Sonntag in Darmstadt eine außerordentliche Sitzung des Landesausschusses der hessischen Nationalliberalen. Die Verhandlungen bewegten sich um die Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. Fast sämtliche Redner forderten schärferen Kampf gegen die Sozialdemokratie. In einer Resolution bekundete der Landesausschuss eine lebhafte Sehnsucht nach Erfüllung des Bethmann-Rezeptes zu „sammeln“; er würde es „mit Freuden begrüßen, wenn bei der bevorstehenden Reichstagswahl über ganz Hessen eine Einigung der bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als gemeinsamer Gegner ermöglicht werden könnte.“

Die württembergischen Nationalliberalen.

Am Sonntag fand in Stuttgart ein Parteitag der württembergischen Nationalliberalen statt. In einer „Gastrede“ des sächsischen Reichstagsabgeordneten Weber aus Löbau erfolgte eine Absage an die konservativen Werbungen. Die Konservativen hätten schwer gesündigt: sie hätten das Zentrum in den Sattel gehoben.

Gleichzeitig tagte in Stuttgart eine Sitzung des Verbandes württembergischer Industrieller. Reichstagsabgeordneter Stresemann witterte gegen „das frivole Spiel der maroden agrarischen Forderungen“ und bedauerte, daß mit der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden eine Heimarbeiterausstellung verhindert werden sollte. Die Gewerkschaften, von denen die Heimarbeiterausstellung veranstaltet werden wird, müßten überhaupt „mehr Verantwortungsgefühl“ an den Tag legen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 10. Januar 1911.

102. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Um Bundesstatistische: Wermuth.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz bringt dem Hause die allerherzlichsten Neujahrswünsche dar und gedenkt der verstorbenen Mitglieder, auch des Grafen Boskett, der sich außerordentlich verdiente durch seine Führung der Geschäfte erworben und sich allgemeiner Beliebtheit erfreut habe auf Grund seiner strengen Unparteilichkeit und seiner mit törichtem Humor geparten Lebenswürdigkeit. (Bravo!) Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Freisinnigen

auf Aufhebung der Bündholzsteuer:

Ist der Reichskanzler bereit, angesichts der schweren Misstände, die sich aus der Besteuerung von Bündholzwaren für die beteiligte Industrie und Arbeiterschaft wie für die Verbraucher ergeben haben, die Aufhebung des Bündholzsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 schleunigst in die Wege zu leiten?

Schatzkanzler Wermuth erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Enders (Bsp.): Die sofortige Aufhebung der Bündholzsteuer ist das einzige Mittel, um die ruinöse Wirkung dieses Gesetzes zu beseitigen. Wir wollen nicht wieder eine Debatte über die Reichsfinanzreform beginnen, obwohl die Bündholzsteuer die düsterrste Blume in diesem Steuerbusch ist. Wir wollen auch selbst den Schein vermeiden, als sei unsere Interpellation durch parteipolitische und taktische Erwägungen dictiert. Nur der schwere Notstand der Arbeiter und der Industriellen hat uns zu unserer Interpellation veranlaßt. Der Vater der Bündholzsteuer ist Herr Dr. Koepcke. In der Kommissionserörterung sprach er den lapidaren Satz, daß im Lande geradezu nach einer solchen Steuer gespielt werde. Davon hat niemand etwas bemerkt. Aber jetzt kann jeder hören, der Ohren zu hören hat, wie das ganze Land über die Steuer schreit. Die Arbeiter schreien, weil sie die Arbeitsgelegenheit verloren und auf Plaster geworfen sind, die Fabrikanten schreien, weil ihre Unternehmungen zugrunde gehen, und die Konsumanten schreien, nicht nur weil sie mehr belastet sind, sondern weil sie über die unsoziale und ungerechtigkeitsreiche Steuer empört sind. (Sehr richtig! links.) Mit der Notlage der Arbeiter hat sich der Reichstag schon im Mai v. J. beschäftigt. Fünf Petitionen aus Schlesien, Hannover, Bremen und Oldenburg lagen vor, die dasselbe dämmerte Bild boten. Die Arbeiter waren entlassen und konnten in den weitabgesiedelten Gegenden keine Beschäftigung

finden. Ihr Elend war groß und deshalb baten sie, daß ihnen dieselbe Entschädigung wie den Fabrikarbeitern gewährt werde. Der Reichstag hat diese Notlage erkannt und einsinnig beschlossen, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich frage den Schatzkanzler, weshalb dieser einstimmige Beschluß bis heute keine Berücksichtigung gefunden hat. (Hört, hört! links.) Im Mai v. J. konnte man mit einem Schein von Berechtigung glauben, es handele sich bei dieser Notlage um eine vorübergehende Erhebung, sie sei lediglich hervorgerufen durch die Überproduktion des Inlands, durch die Masseneinfuhr des Auslands in Rücksicht auf die kommende Steuer. Mit der Zeit wurde die ungeheure Vorratsmasse aufgebraucht werden. Das Argument hat sich als nicht stichhaltig erwiesen. Wäre die Annahme richtig gewesen, so hätten wir jetzt nach 1½ Jahren längst normale Zustände haben müssen. Das ist nicht der Fall, die Verhältnisse haben sich im Gegenteil verschlechtert. Aus allen Fabriken wird übereinstimmig über dauernde Produktionseinschränkungen berichtet, und hier und da selbst an dauernde Einstellung des Betriebes gedacht. Der Verband Deutscher Bündholzfabricanten hat festgestellt, daß nur noch die Hälfte der Arbeiter in der Industrie beschäftigt wird. Und diese Arbeiter sind die elendesten und gedrücktesten, die in den abgelegenen Gebirgsdörfern keine andere Beschäftigung finden. Wie steht es mit den Unternehmern? Ihre Solidarität mit den Arbeitern ist in diesem Falle evident. Es geht ihnen genau so schlecht wie den Arbeitern. Der Verband der Bündholzfabricanten bezeichnet ihre Lage als tristlos. Seine Petition spricht die unverfälschte Sprache der Empörung und der Hoffnungslosigkeit. Nur von einem unmittelbaren Eingreifen der Regierung erwartet er Hilfe, sei es die Aufhebung der Bündholzsteuer oder die Einführung des Staatsmonopols, oder des Betriebsmonopols unter Staatskontrolle. Die Hoffnung auf eine gesunde Entwicklung aus eigener Kraft heraus haben diese Männer vollkommen verloren und ihr Pessimismus ist berechtigt. Der kolossale Rückgang des Konsums ist infolge der Steuer nicht bloß vorübergehend gewesen, sondern dauernd geworden. Die Verbraucher der Bündholz haben an unglaubliche Sparmaßnahmen gewöhnt worden. Auch diejenigen haben sich getäuscht, die da glaubten, daß die Bündholzmittel weniger aus Sparmaßnahmen als aus Angst über die Steuer gekauft werden, und daß ihr Absatz bald zurückgehen würde. Das Gegenteil ist richtig, eine neue blühende Industrie ist entstanden, und je billiger sie die Bündholz-Erzämmittel in zuverlässiger Form liefern wird, um so dauernder ist der Schade für die Bündholz-Industrie. Für diese ergibt sich ein Konkurrenzgang von 40 Prozent. (Hört, hört! links.) Obgleich das Bündholzsyndikat 80 Prozent aller Betriebe umfaßt, wäre es nicht entfernt möglich, auch nur 40 Prozent seiner Produktion unterzubringen. Nach sechs Monaten brach es zusammen. Ein wilder verzweifelter Kampf aller gegen alle hat eingesetzt, der nur mit der Vernichtung zahlreicher Unternehmen enden kann. (Sehr wahr! links.) Das Ende der Entwicklung wird sein, daß ein paar große Unternehmer übrig bleiben und die Preise diktieren. Das nennt man bei uns Mittelstands- und Sozialpolitik. (Sehr gut! links.) Die Abschaffung dieser ungerechten aller Steuern ist unbedingt zu fordern. (Zuruf rechts: Sorgen Sie für Deckung des Aussfalls?) Der Reichsschatzkanzler forderte die Erbschaftssteuer wieder einzuholen. (Zurm im Zentrum und rechts.) Vielesleiter findet sie jetzt die Mehrheit. (Zurm und große Unruhe rechts. Bravo! links.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort:

Reichsschatzkanzler Wermuth: Der Herr Interpellant hat die Verhältnisse in der Bündholzindustrie keineswegs richtig dargestellt. Auf das Für und Wider einer Besteuerung der Bündholz hat selbst kann ich nicht eingehen. (Zustimmung rechts.) Ich kann nur von den Gründen sprechen, aus welchen der Herr Reichskanzler die Forderung der Interpellanten nicht erfüllen kann. Es wäre doch das allerfalschste, eine Steuer, kaum daß sie eingeführt ist, wieder abzuschaffen, sie muß eine gewisse Zeit sich einleben und erprobten werden (Sehr wahr! rechts). Jede Steuer ist ja ein gewisser Eingriff in die Interessen bestimmter Gruppen, der durch die Interessen der Allgemeinheit gerechtfertigt wird. Zu der besonderen Unpopulärität der Bündholzsteuer trägt bei, daß sie ganz besonders unmittelbar den einzelnen Opfer zuminet; aber in anderen Ländern werden die Bündholz längst in viel höherem Maße zur Deckung der Staatsausgaben herangezogen. Die vorübergehende Schädigung der Bündholzarbeiter ist weniger die Folge der Steuer als der Verzögerung. Lokale Notstände streite ich nicht ab, aber im allgemeinen haben die beschäftigungslos gewordenen Arbeiter andere Arbeit gefunden, und die düsteren

Prophezeiungen von einer Hungersnot im bayerischen und thüringischen Wald (Heiterkeit rechts) haben sich durchaus nicht bewahrheitet. Die Lage der Bündholzindustrie wird hauptsächlich durch innere Uneinigkeit gefährdet, und innerhalb dieser Industrie selbst haben sich gewichtige Stimmen gegen die Abschaffung der Steuer erhoben.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Bpt.) tritt das Haus in die Befreiung der Interpellation ein:

Graf Oppersdorf (B.): Ich stimme dem Abgeordneten Enders darin bei, daß der Notstand nicht nur vorübergehend und schreit ist. Aber ich stimme ihm nicht darin zu, daß die Abschaffung der Steuer den Notstand beseitigen würde. Eine wesentliche Rolle spielt die gewaltige Befreiung. Der Gedanke der Bündholzsteuer stammt ja aus liberalen Kreisen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Der Abgeordnete Osmann trat sogar für das Monopol ein. Die Bündholzsteuer ist also ein Kind der Linken. (Widerrecht links.) Mindestens ein Adoptivkind! (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentrum.) Die Aufhebung der Steuer würde vernichtend für die Industrie sein. Die Folge wäre, daß die Gründung neuer Fabriken lediglich eine Kapitalsfrage wäre. Es würde eine gewaltige Verwirrung im Handel eintreten und eine starke Kreditentziehung von Seiten der Banken. Vielleicht hat schon diese Interpellation kreditschädigend gewirkt. (Hört, hört! im Zentrum.) Die weitere Folge wäre dann eine Aufzehrung der kleinen durch die Großen und dadurch eine Schädigung der Arbeiter. Die Hälfte der Fabriken würde billig subfressen werden. Aus diesen Gründen wendet man sich in den Kreisen der Bündholzindustriellen selbst gegen die Steueraufhebung. Unsere Stellungnahme gegen den sozialdemokratischen Antrag auf

Entschädigung der Bündholzarbeiter war veranlaßt durch das Bestreben, den Arbeitern Gelegenheit zu schaffen, was besser ist als eine einmalige Entschädigung. Doch ist die Entschädigungsfrage erwägenswert. (Bravo! im Zentrum.)

Omann (Nat'l.): Unsere ablehnende Haltung gegenüber der ganzen Finanzreform hat uns nicht gehindert, an der Verbesserung der einzelnen Steuern mitzuwirken. Sie hindert uns auch nicht mitzuwirken an der Beseitigung der Notstände, die zutage getreten sind. Nach unserer Ansicht sind aber die von der Bündholzsteuer hervorgerufenen Notstände nicht so groß,

dass sie eine Aufhebung des ganzen Gesetzes rechtfertigen. Immerhin verdienen sie eingehende Erwägung. Mit einer

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 9.

Mittwoch, den 11. Januar 1911.

18. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck. 10. Januar 1911.

Der Wortführer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Gewerbesteuergesetzes.

In der Spezialberatung werden die §§ 7, 8, 10 und 11 zuerst beraten.

Zu § 7 beantragt Dr. Wittern eine neue Fassung, die er in drei Paragraphen faßt.

Der Wortführer lehnt den Antrag ab da er nicht zu der Gewerbesteuer gehörte. Dieser Antrag kommt erst am Schlusse gewertet werden.

Dr. Wittern verteidigt seinen Standpunkt.

Voje: Die Kommission hat den Satz auf 8000 Mark herabgesetzt, dadurch sind 88 Proz. beseitigt. Durch weitere Abzug der Beamten und Rentner sind nur 8 Proz. aller Steuerzahler vorhanden, die die Gewerbesteuer zahlen; dadurch sind die Vorräte der Linken, die nichts zur Gewerbesteuer beitragen, hinfällig.

Thiele (zur Geschäftsaufstellung): Ich weiß garnicht, worum es sich handelt.

Der Wortführer gibt eine Erklärung hierzu.

Aug. Vape will den Antrag Voje zugestellt haben. Entgegen der Gewohnheit in anderen Parlamenten werden uns die Anträge vorenthalten.

Der Wortführer bestreitet dies.

Dr. Wittern hält es für absolut notwendig, daß derartige umfangreiche Anträge gedruckt werden.

Aug. Vape: In allen Parlamenten ist es üblich, daß Anträge den Mitgliedern gedruckt zugestellt werden.

Stellung: Von gedruckten Vorlagen ist uns nichts zugestellt worden. Es ist eine eigenartige Gesetzesmache, über wichtige Sachen abzustimmen, ohne im Besitz des Materials zu sein. Ich beantrage übrigens über den Antrag Voje namentliche Abstimmung.

v. Schack hält ebenfalls für notwendig, daß der Antrag nochmals bekannt gemacht wird, die vielen Zahlen könne niemand im Kopfe behalten.

Der Wortführer hält nur die Geschäftsordnung für maßgebend, nach der er verfahren sei.

Kehling: Der Hauptteil des Antrags Voje ist Bürgerausschusbeschluß, nur die Skala ist neu hinzugekommen und die ist den Herren doch durch die Zeitungen bekannt geworden. Der Antrag kann ja noch gedruckt werden.

Aug. Vape vertheidigt sich dagegen, daß Zeitungsausschnitte hier maßgebend seien sollen.

Peter Vape wendet sich gleichfalls gegen diesen sonderbaren Modus, Zeitungsnachrichten als Anträge zu benutzen. Mit Rücksicht auf die in der Vorberatung nicht anwesenden Bürgerschaftsmitglieder müsse anders verfahren werden.

Entsprechend dem Vorschlag des Wortführers werden 25 Abzüge von dem Antrag Voje hergestellt.

Kehling: Ich würde einen Antrag stellen, den Abs. 4 des § 7 zu streichen, den Vortritt will ich jedoch den Sozialdemokraten überlassen.

Peter Vape: Herr Kehling wollte sich wohl einen Witz erlauben, denn sonst hat seine Bemerkung keinen Zweck. Wenn wir Anträge stellen wollen, sollen wir sie zur rechten Zeit und wenn wir es für richtig halten. Wir sind nicht diejenigen, die vor der Sitzung die Anträge einreichen, um als Erste zu gelten. Wir stellen die Anträge, wenn sie zur Beratung stehen. Am § 7 Abs. 4 werden die Konsumvereine und Wirtschaftsgenossenschaften unter ein Ausnahmegesetz gestellt, das geschaffen werden soll. Senat und Bürgerschaft sollten sich gründlich überlegen, ob sie einen Teil der Bevölkerung außnahmerekrechtlich belasten wollen. Ich möchte Sie in letzter Stunde ersuchen, von dieser Ausnahmesteuerung Abstand zu nehmen. Hier kommt der Konsumverein in Frage, der von Arbeitern gegründet ist, die Genossenschaftsbäckerei, vielleicht auch die Hansa-Meierei, Vereins-Brauerei, die Rohstoff-Genossenschaft der Schuhmacher, die Eis-Genossenschaft, eventl. auch der Konsumverein des Hochwerks, aber ich glaube, daß es mit diesem nicht versucht wird. Nur fünf oder sechs Betriebe kommen hier in Betracht.

Ach habe mir alle Mühe gegeben im Bürgerausschuß, um nachzuweisen, weshalb es verkehrt ist, daß man zur Ausnahmesteuerung gekommen ist. Meine Begründung wurde mit wenigen Worten abgetan. Es ist ja möglich, daß sich die übergroße Mehrheit der Bürgerschaft mit den zwei Sätzen in der Begründung der Vorlage zufrieden gibt. Ich stehe auf dem Standpunkte, wenn man die Konsumvereine und Wirtschaftsgenossenschaften besteuern will, daß es eine Frage ist, ob die Konsumvereine unter das Gesetz fallen. Die Begründung des heutigen Konsumvereins gegen die Besteuerung ist richtig. Er arbeitet nicht wie Privatgeschäfte, die Waren ausliegen, Schauspieler schlucken und große Summen dafür ausgeben. Von all dem werden Sie beim Konsumverein nichts wahrnehmen. Der Konsumverein hat auch nicht nötig, Waren auszulegen, weil er nach dem Gesetzesgebot nur an Mitglieder Waren abgeben darf; um entgegengesetztes halte würde er bestraft werden. Der Konsumverein richtet kein Geschäftsspekulationen nicht darauf ein, Überschüsse abzuverkaufen, er schlägt nur soviel auf, als zum Geschäftsbetrieb notwendig ist. Der verbleibende Jahresüberschuss wird wieder an die Mitglieder zurückgestattet. Man glaubte, den Konsumverein durch den § 1 extra besteuern zu können. Dann hätten wir aber beantragt, den Satz, bei der die Konsumvereine zu freieken. Man will die unteren Schichten nicht frei wissen von der Steuer. Der Arbeiter, der zum Konsumverein gehört, muß zur Gewerbeaufsicht beitragen durch seine Mitgliedschaft zu diesem. Wenn ein Konsumvereins-Mitglied nun durchschnittlich im Jahre für 750 Mark einkauft, hat er zur Gewerbesteuer bei Annahme des Gesetzes 1,50 Mk. beiutragen, außerdem bei der Warenhaussteuer, die auch den Konsumverein trifft 2% Proz. Das macht 8,50 Mk. aus. Kauft er das Brot der Genossenschaftsbäckerei, die das Gesetz ebenfalls besteuert im Konsumverein, dann muß er die Steuer noch einmal bezahlen. Auf diese Art muß der geringste Arbeiter mit 1200 Mk. Einkommen über 8 Mk. zur Gewerbesteuer beitragen. Deshalb muß der § 7 Abs. 4 abgelehnt werden. Wenn die Besteuerung stattfinden soll, dann darf sie nur, wenn Sie Gerechtigkeit üben wollen, unter das gleiche Gesetz wie die Privatgeschäfte fallen. Es wurde gesagt, daß die Konsumvereine sich die Steuer wohl leisten könnten durch den billigeren Einkauf seien sie in der Lage, die Lasten zu tragen. Es freut mich, daß im Bürgerausschuß zugestanden wurde, daß der Konsumverein Vorteile bietet, deshalb sollte man auch den Staatsbeamten gestatten, diese Verbesserung der Lebenslage für sich in Anspruch nehmen zu können. Es gibt Gegenmittel genug, um der Besteuerung aus dem Wege zu gehen. Der Konsumverein kann nichts Besseres tun, als sich, wenn der Umsatz 400 000 Mk. erreicht, in kleinere Vereine aufzuteilen; der Staat kann ihm dann nach rechtlicher Auffassung nichts anhaben. Gerade, weil es Mittel gibt, um dem Gesetz zu entgehen, sollte die Bürgerschaft den Paragraphen ablehnen oder alle Geschäfte gleich stark belasten. Bravo! bei den Soz.

Senator Dr. Vermeiren bestreitet, daß hier ein Ausnahmegesetz vorliege, das Vorgehensweise sei in allen Gewerbeaufsichten der Fall. Die Konsumvereine sind nur zu treffen, wenn sie einen Gewerbebetrieb haben. Die Grundlagen sind dieselben wie die der anderen Betriebe. Die Konsumvereine haben einen offenen Laden und damit ihr Merkmal eines Gewerbebetriebes geschaffen. Die Besteuerung muß großer sein als beim gewöhnlichen Gewerbebetrieb, weil der Gewinn kleiner ist, und daher der Steuervertrag zu niedrig wäre. Deshalb muß der Umsatz besteuert werden. Ein Gewerbebetrieb würde bei einem Umsatz von 800 000 Mk. 50 000 Mk. Gewinn abwerfen, das ist beim Konsumverein nicht der Fall; dafür hat der Arbeiter aber den billigeren Einkauf, der ihm 50-60 Mk. Gewinn bringt, davon kann er wohl 8 Mk. Steuern bezahlen. Der Gewinn des einzelnen ist dadurch nur ein wenig kleiner. Die Folgen eines Konsumvereins sind doch die Benachteiligung der Detektivs, die durch das Bestehen eines Konsumvereins geschädigt werden.

Peter Vape geht auf die Äußerungen des Senates ein und fragt, was man denn unter einem Gewerbebetrieb mit offenen Läden eigentlich verstehe. Ein Konsumvereinsladen könnte doch nur das Mitglied Käufer sein, das Gesetz verbietet an andere als Mitglieder zu verkaufen.

Die Darlegungen des Senats hätten weit ausgedehnt sein müssen. Der Senat hat ausgeführt, daß der Konsumverein unter den Begriff Gewerbebetrieb falle und daß die Detektivs zu sehr unter dem Konsumverein zu leiden hätten. Vor 20 Jahren hat man genau so fest behauptet, als die Genossenschaftsbäckerei gegründet wurde, daß die kleinen Bäckereien zugrunde gingen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die großen Genossenschaften bringen dem Staat mehr ein als die kleinen Betriebe. Die Genossenschaftsbäckerei zahlt 90 000 Mk. Löhne im Jahre, die hier verkehrt und versteuert werden. Mit dem Konsumverein ins genau 10. Die Leute brauchen nicht so lange zu arbeiten wie in Privatbetrieben, bei uns arbeiten sie 8 Stunden, in anderen Betrieben 12. Besteueren müssen die Leute alles, was sie bei uns verdienen, wohlgemessen, der sich nur drei Mark niedriger einbüßen würde. Der Schrecken ist an die Detektivs vorbeigegangen. Die Konsumvereine werden auch, wenn sie dieses Gesetz annehmen, nach wie vor bestehen.

Senator Dr. Vermeiren: Ob der Konsumverein der Steuer unterliegt, wird die Steuerbehörde schon herausbekommen. Ich wollte keinen Schrecken für die Detektivs aufmerksam machen.

Dr. Görg hält es für selbstverständlich, daß alle Konsumvereine auch der des Hochwerks, genau so behandelt werden sollen, wie der auf sozialistischer Grundlage. Eine Ausnahmesteuerung der Konsumvereine werde hier nicht beachtet. Der Konsumverein soll nur das bezahlen, was ein Privatbetrieb mit gleichem Umsatz bezahlen müßte.

Die auf Antrag Stelling und Genossen vorgenommene namentliche Abstimmung über Absatz 4, § 7, der besagt:

für Konsumvereine und Konsumanstalten, sowie für die in § 8 Nr. 1 bezeichneten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sofern sie überhaupt der Steuer unterliegen, beträgt die Steuer 2 vom Tausend des jährlichen Umsatzes für Konsumvereine welche veral. in § 11, letzter Absatz, ergibt dessen Annahme mit 71 Stimmen und 29 Nein.

Der Antrag Voje, die abgeänderte Skala betreffend, die wir gestern mitgeteilt haben und die die Besteuerung erst bei 300 000 Mk. mit 0,65 v. H. und bei 80 000 Mk. und darüber mit 2 v. H. eingeführt wissen will, im Gegensatz zum Senatsantrag, der bei 2000 Mk. die Besteuerung auf 0,25 v. H. festlegt, wird in namentlicher Abstimmung mit 78 Stimmen angenommen, 26 sind dagegen.

Bei § 8 erklärt

Schiemann, daß die Abschaffung nicht ganz klar sei. Die Wertverminderung durch Verluste sei nicht genau zu erkennen.

Senator Dr. Vermeiren: Die Abschreibungen für Verluste ergeben sich aus dem allgemeinen Handelsbrauch. Kehling ist derselben Ansicht.

Schiemann will die Wertverminderung im Gesetz einbegreifen wissen und sieht einen entsprechenden Antrag.

Rosenquist tritt dafür ein, daß die Gewerbetreibenden auch die Verluste für Handwerkzeuge bei der Besteuerung abschreiben dürfen.

Vom Senatstricht wird erwähnt, daß dies selbstverständlich sei.

Der Antrag Schiemann wird von verschiedenen Seiten befürwortet, vom Antragsteller wiederholt verteidigt, und schließlich zurückgezogen.

Bei Absatz 2 (Schuldenzinsen sind nicht abzugsfähig) liegt eine Abänderung des Bürgerausschusses vor, der diese Zinsen für abzug berechtigt erklärt.

Dr. Brocken: Die praktischen Nachteile des Abzuges der Schuldenzinsen werden unterschätzt. Aktiengesellschaften werden sich dies zunutze machen. Große und ganz große Geschäfte können sich der Steuer dadurch entziehen, daß sie ihr Geschäft in eine Gesellschaft m. o. H. umwandeln; so machen es auch die Trusts in Amerika. Sie legen das Geschäftskapital herab und verleihen das Kapital an Gesellschafter. Der Senatsstandpunkt ist der richtige.

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(86. Fortsetzung.)

"Von Erziehung," antwortete der Küster, "bin ich allerdings en Discher, aber durch unseren Gutsherrn und durch die Gnade Gottes und Herrn Superintendenten bin ich jetzt ein Küster und ein Schulmeister. Und wenn Gott ein Amt gibt, pflege der alte Pastor Haker zu sagen, dem gibt er auch sein lütter Teil Verstand dazu. Und lern ich mir nicht immer dazu? Hab ich nich all' die Tabellen vunt Sem'nan und all' die gelehrten Büchers? Weiß ich nich vun Declarashon und von den Gasibus? Weiß ich nich den Statistik von hinten und in und aus? Siebenhundertsechzigzig Bibelsprüche hab ich mir lernen gemußt. Du siehst nur man was mögig an. Sauerkleisch."

"Ja, los heit wat," meinte der Bauer, "vor allen dat Hochdütsch snacken und dat Singen und dat Hauen up de Guren. Wat sind denn dat vor Dingers, de dar her-nömt: Die Gasibusen? Sünd dat en Art von niemodisch Wagenbusen?"

"Blamiers Dir nich, mein Sohn," entgegnete der Küster. "Schuster bleib' bei Deinem Leisten und bedenke, daß die Leute, die müssen will, nich maut. Den Beerbaum erkennst man an seine Früchten und den höflichen Menschen an seine Redensarten. Da weißt nich, was Gasibus sind? Das glaub' ich Dir schon zu. Ja, in Deine Kindheit, da waren die Schulen noch was zurück im Land Mecklenburg. Da wurde mit so was noch die Jugend die Gedächtnis nachgepröpt. Gasibusen sind, was man einen Beugungsfall nömen tut. Und denn merke Dir: man sagt nie die Gasibusen. Gasibus is eins von die Wörters, die immer partout den Dartius regieren tun. Aber das geht Dir zu hoch. Sauerkleisch, das geht schon in die Interpunktshon und in die Conjugashon und in die Lehre vun die Stabibildung und vun das Alphabet hinein. Die Trauben sein Dir bitter."

"Wat heit knacken kann," sagte der Bauer, "ist glöm be heit sien Grootmader noch als Jungfer kennt, und seit de Küstersch to Winterstidde de Gösteier ut, um treckt de Göster noch Schop an, dat se sitz nich de Hör verklüst. Göster, Du düst hier nich an Gocher Pisch; Du müsst na de Stadt. Du Rektor an de latens School warin."

"Ich laat Jun Dröhnen nah," sagte der Schmied, "un laat uns von uns eegen Saat preeken."

"Nun meinti Winkel Bingel, wenn im Lande Mecklenburg noch Gerechtigkeit zu finden sei, so müsse ihm die Delinquenz aufallen, damit er mit ihr tue, was Rechtes. Das wäre: mit grünem Tannenholz sie zu verbrennen. Der Herr Bischof im Stift Bassau, der habe solchen Kreaturen Moriken kennen gelehrt; der hab's Recht noch defendiert! Hiergegen bemerkte jedoch der Küster, daß das Verbrennen hier zu Lande nicht gezeitlich sei. Er könne sich jedoch nicht darüber wundern, daß Weister Bingel, der ja aus dem Reiche stamme, nicht wisse, was in Mecklenburg Landordnung. Dr. Küster Schmäbler, will das aber; er habe das vom alten Pastor Haker gehört, der ja immer über den Büchern gelegen. Hegen würden hier zu Lande lebendig vergraben. Bei dem Kreuzweg in den Dechow-Tannen, da sei auch einst eine eingeführt worden. Die Judenhexen, die würden auch in Mecklenburg verbrannt. Früher sei dies in Sternberg auf dem Judenberge geschehen; jetzt aber tagt dort der Landtag und daher werde es wohl dort nicht mehr gestattet werden. Herr Stolterbein tat den Ausspruch: der Gutsbesitzer werde einen außerordentlichen Gerichtstag anstellen müssen, und wahrscheinlich werde deshalb eine Kommission von Schwerin kommen. Dies ist kein gewöhnliches Verbrechen und keine gewöhnliche Gerichtssache, sondern was man einen casus dolorosus nenne.

Küster Schmäbler bestritt jedoch dies Letzte. Herzog setzt ein Verbrechen, dessen Aburteilung dem Kirchenrecht gebühre; das wisse er vom alten Pastor Haker, der habe es ihm einst erzählt, als er Küster Schmäbler, ihm die Leichdörfer verschritten habe. Herzog zählte unter die criminalia communianti, und diese hießen so, weil sie nur von schwachen Menschen, die bereits tummisiert hatten, begangen werden könnten. Bauer Sauerkleisch endlich meinte, daß das wohl noch garnicht so ganz gemäß mit der alten Stute ihres Bauern wäre. Sie sei ihr Lebtage ein ordentlicher, braves, fleißiges Mensch gewesen, nur ein wenig göttlos mit dem Maulwerk. Die Papen schwatzten viel, und es stünde denen das Maul ebenso gut zum Eignen wie anderen ehrlichen Leuten. Er glaube überhaupt gar nicht an Gegekrat. Was man ihm davon erzählt habe, habe sich fast immer als ein Blödsinn ausgewiesen.

(Fortsetzung folgt)

Schwabroch: Die Gesellschaften haben ein Interesse daran, große Aktienkapitale zu besitzen. Die Großgesellschaften u. b. sind auf Kredit angewiesen und können es nicht machen, wie Herr Dr. v. Brocken ausführt.

Dr. Görk: unterstreicht die Ausschriften des Vorredners. Die Banken licken sich auf solche Machinationen nicht ein, die das Grundkapital drücken. Jede Gesellschaft habe ein Interesse mit großem Kapital aufzutreten.

Fehling: steht hervor, daß wer die Steuer hinterziehen wolle, schon einen Weg finden werde.

Dr. v. Brocken: Herr Dr. Görk hat nur von Bankkrediten gesprochen. Die Gesellschaften, die auf Bankkredit nicht angewiesen sind, können die Steuer doch hinterziehen. Bei der Revision werden wir uns über diesen Fall wieder streiten.

Ulrich, Dr. G. Meyer und Jenne machen hierzu weitere Ausführungen.

Dr. Wittern: unterstreicht Dr. v. Brockens Erklärungen. Wird die niedere Skala angenommen und das Gesetz später revidiert, wird eben die Skala erhöht werden, und die kleinen Gewerbetreibenden werden bezahlen müssen.

Clemann: Bei den kleineren Gewerbetreibenden wird die Steuer nicht sehr in die Gefahr treten, mehr ist dies der Fall bei den mittleren, die gezwungen sind, mit freiem Kapital zu arbeiten; der Redner erläutert das an Beispielen. Das Kompromiß wurde nur deshalb angenommen, weil die Schuldenzinsen abzugsfähig sein sollen.

H. Thiel: glaubt, daß Herr Dr. v. Brocken zu schwarz gemalt habe und hebt hervor, daß nur die Abmilderung getroffen worden sei unter der Bedingung der Abzugsfähigkeit der Schuldenzinsen; werde anders entschieden, sei das Kompromiß aufgehoben und er stimme gegen das Gesetz.

Der Antrag des Bürgerausschusses, der die Schuldenzinsen für abzugsfähig erklärt, wird angenommen.

Stender: stellt einen Antrag, die versteuerbaren Gehälter der Angestellten von 10 000 Mk. auf 6000 Mk. herabzulegen.

Fehling: Durch die Herabsetzung würde mancher Kaufmann und Rechtsanwalt usw. doppelt besteuert werden.

Clemann: ist anderer Ansicht als Stender, dessen Annahme er für irrig erklärt. Wenn die Staatsbeamten nicht zur Steuer herangezogen werden sollen, kann man doch auch nicht die Privatbeamten dazu verantlösen. Nur solche mit sehr hohen Gehältern, die an dem Auf und Ab des Geschäfts teilnehmen, kann man heranziehen. Ich stelle den Antrag, die Summe von 10 000 Mk. auf 12 000 Mk. zu erhöhen, ferner beantrage ich einen neuen § 9.

Senator Dr. Vermehren: glaubt, daß durch die Wünsche des Herrn Clemann die Sache zu kompliziert würde.

Schwabroch: ist gegen Herabsetzung der versteuerbaren Summe der Privatbeamtengehälter, will sie auch nur auf Geschäftsinhaber und Angestellte begrenzt wissen; diese Bestimmung belaste die großen Firmen ganz besonders.

Dr. Wittern: Diese Bestimmung allein macht für mich die Steuer unnehmbar. Sie besteuern damit die Inhaber der Großbetriebe und die Angestellten. Dadurch schreien Sie die Industrie ab. Die Gewerbesteuer wird von den Angestellten wieder auf die Großbetriebe gewälzt. Ein Mann mit 6000 Mk. Einkommen kann die Steuer eher tragen, als ein Gewerbetreibender mit 3000 Mk. Das Gesetz ist so ungünstig, daß Sie hier absolut nichts Gutes damit schaffen. Herr Fehling hat die Landwirte durch § 8 von der Besteuerung ausgeschlossen. Der Antrag Stender ist berechtigt.

H. Thiel: Stender und Dr. Wittern stehen mit ihren Ansichten noch im alten Erwerbsteuertypus, daher kommt die Divergenz. Um dem Publikum gerecht zu werden, ist der Satz hineingebracht worden, die Privat-Beamten mit hohen Einkommen auch zu besteuern. In Wirklichkeit bedeutet dies eine weitere Belastung der großen Industrie. Die Skala wird dadurch verschoben. Das Kompromiß ist eine Sünde, die nicht angeklagt werden darf. Herr Stender erreicht doch nicht, daß die staatlichen Beamten mit zur Besteuerung herangezogen werden.

Dräger: will die zukünftige industrielle Entwicklung berücksichtigen, die schwer belastet und abgehalten werden sollt Lübeck zu ziehen.

Boje: Durch die Skala sollten nur die geistigen Leiter großer industrieller Unternehmungen, Banken usw. getroffen werden, nicht alle besser bezahlten Privatbeamten. Stattdessen einer Herabsetzung sollte man eine Hinausschreibung vornehmen.

Clemann: bemängelt nochmals die Unklarheit der Paragraphen, dadurch werde dem Publikum Sand in die Augen gestellt. Wenn die Beamten mit herangezogen werden sollen, bin ich selbstverständlich dafür, daß die Privatangestellten ebenfalls bezahlt werden. Aber Gerechtigkeit muß doch sein.

Dr. Wittern: An dem Gesetz, das zustande kommen soll, sind mehrere Fäder beteiligt, die jetzt schon uneinig sind. Die Erfahrungen, die Sie damit machen, werden schwierig sein. Vielleicht entschließen Sie sich doch noch, die Vorlage abzulehnen. Wenn man mit dem Gesetz seit 1892 schwanger geht, kann man auch einige Zeit noch weiter beraten. Wenn Sie meinen Gesetzvorladung annehmen, haben Sie alle diese Ungeheuerlichkeiten und Ungerechtigkeiten beseitigt.

Rosenquist: Herr Stender ist als eindriger Freund abgeklärt, und Herr Boje hat in ihm einen kräftigen Befürworter gefunden. Es ist die kräftige Abfuhr, die ihm durch Herrn Boje durch Abstimmung seines Antrages zuteil geworden ist. mag er sich bei seinem Schägeling bedanken.

Stender: verteidigt nochmals seinen Antrag, der abgelehnt wird.

Der Senatsantrag wird angenommen, der Antrag Clemann dadurch gegenstandslos.

Der neue Ziffer-Zeilegraph 9 wird von Clemann zurückgezogen.

Zu § 10, die Filialsteuer betreffend, gibt

Clemann: zu Protokoll, dass er eine Verantwortung hierfür nicht übernehme. Das Einkommen solcher Geschäfte sei sehr wohl zu erzielen, eine Sondersteuer, die die Betriebe erdrückt, absolut ungerecht. Ich bin im Zweifel, ob die Herren sich der Erfragte dieses Gesetzes bewegen sind. Herren, die sich sonst weitblütend gezeigt haben, liegen sich blenden. Überdies ist auf auswärtigen Handel angewiesen, der Handel wird andere Firmen in absehbarer Zeit annehmen und aus Lübeck Geschäfte werden in die Lage versetzt werden, auswärtige Filialen zu errichten. Wenn andere Städte dann Gleiche mit Gleichen vertreten, werden Sie das Ungerechte des Gesetzes erkennen. Selbst wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Filialsteuer berechtigt ist, ist sie doch eine Erdrückungssteuer. Redner steht im Falle der Annahme des Paragraphen einen Antrag, die Summe des Steuerabschaffens von 10 000 Mk. auf 20 000 Mk. zu erhöhen und die Steuer von 2 % d. auf 1% zu ermäßigen.

Fehling: Eine große Anzahl auswärtiger Geschäfte befürworten ihre Konkurrenzsteuer, für diese ist die Filialsteuer ungerecht; für andere, die sich darum drängen, ist die Filialsteuer berechtigt. Dem Antrag Clemann werde ich im Interesse der jetzt definierten Geschäfte zustimmen.

Senator Dr. Vermehren: erkennt an, daß die Sache etwas hoch sind. Wenn man aber nicht so verfährt, wie der Senat vorschlägt, wird man von der Filialsteuer wenig haben.

Bürgermeister H. Ehrenburg: hebt hervor, daß im Interesse der Detailisten so verfahren werden müsse, wie der Senat vorschlägt. In der gemeinsamen Kommission habe man dem zugestimmt.

Schwabroch: tritt für die Senatsvorlage ein, gleicher Meinung ist

v. Schack: Die Fabrikanten wissen allerlei Wege, um die Einkommensteuer zu umgehen. Wenn eine Firma z. B. für 100 000 Mk. Schuh nach der Lübecker Filiale sendet und das Paar mit 11 Mk. deklariert, während sie es für 12 Mk. verkauft, so ist das eine Umgehung; denn mit einer Mark Gewinn arbeitet die Firma nicht. Die Kosten der Lübecker Filiale werden so hoch angelockt, daß nur wenig übrig bleibt, deshalb ist die Umsatzbesteuerung der Filialen bestrebt.

Clemann: Bei den kleineren Gewerbetreibenden wird die Steuer nicht sehr in die Gefahr treten, mehr ist dies der Fall bei den mittleren, die gezwungen sind, mit freiem Kapital zu arbeiten; der Redner erläutert das an Beispielen. Das Kompromiß wurde nur deshalb angenommen, weil die Schuldenzinsen abzugsfähig sein sollen.

H. Thiel: glaubt, daß Herr Dr. v. Brocken zu schwarz gemacht habe und hebt hervor, daß nur die Abmilderung gezaubert worden sei unter der Bedingung der Abzugsfähigkeit der Schuldenzinsen; werde anders entschieden, sei das Kompromiß aufgehoben und er stimme gegen das Gesetz.

Der Antrag des Bürgerausschusses, der die Schuldenzinsen für abzugsfähig erklärt, wird angenommen.

Stender: stellt einen Antrag, die versteuerbaren Gehälter der Angestellten von 10 000 Mk. auf 6000 Mk. herabzulegen.

Fehling: Durch die Herabsetzung würde mancher Kaufmann und Rechtsanwalt usw. doppelt besteuert werden.

Clemann: ist anderer Ansicht als Stender, dessen Annahme er für irrig erklärt. Wenn die Staatsbeamten nicht zur Steuer herangezogen werden sollen, kann man doch auch nicht die Privatbeamten dazu verantlösen.

Behn: Die Gründe, die der Lübecker Detailistenverein zu dieser Steuer anführte, sind vollkommen berechtigt. Den Kosten unserer Staatsausgaben haben alle Gewerbetreibenden beigetragen und es ist möglich gemacht, daß Warenhäuser sich hier melderlassen könnten; deshalb müßten diese auch zu den Kosten beitragen. Viele kleine Geschäfte sind durch die Warenhäuser zurückgedrängt. Der Mittelstand kann hier durch diese Steuer geschützt werden. Eine Erdroßelungssteuer ist diese Steuer nicht.

Ehrenburg: Die Ablehnungsgründe in der Kommission und im Bürgerausschuß sind die gleichen wie die der Lübecker Handelskammer. Alle Handelskammern haben sich gegen die Warenhaussteuer ausgesprochen, gerecht ist sie nicht, wenn auch zuzugeben ist, daß ihr Aussfall sehr schmerzlich ist.

Senator Dr. Vermehren: Die Sätze sind auf das Gutachten der Handelskammer ganz bedeutend ermäßigt worden. Das Parat ist dieser Steuer genommen worden. Hätte die Handelskammer das bei ihrer Beschlussfassung gewußt, dann wäre die Handelskammer vielleicht für die Warenhaussteuer eingetreten. Alle anderen Staaten haben diese Steuer eingeführt und den Städten ist es zum Teil gestattet, Zusätze zu erheben. Mit dieser Steuer wird keine prohibitive Lage für die Warenhäuser geschaffen; im Gegenteil, man kann ein Freund der Warenhäuser sein und doch für die Steuer eintreten, die Warenhäuser sind auch berechtigt, sie schaffen manches Gute durch die Organisation des Einkaufs und Verkaufs usw. Ohne die Warenhaussteuer erhalten wir nur 275 000 Mark, deshalb können wir auf sie nicht verzichten. (Zuruf! Lübeck-Büchen.)

Dühring: bittet, dem Beschluß des Bürgerausschusses, der Streichung des § 11, zuzustimmen. Man will demjenigen, der durch seine kaufmännische Intelligenz viel verdient, einen Teil wieder abnehmen. In derselben Vorlage wird hier eine Doppelbesteuerung eingeführt. Bei den anderen Großbetrieben will man dies nicht. Legt man allen Betrieben die Steuer auf, dann wäre sie wenigstens gerecht. In den Warenhäusern wird der Betrieb doch nicht mühselig erwunden, in andern Geschäften ist dies eher der Fall. Durch unlauteres Geschäftsgedränge wird der Gewinn nicht gewonnen. Wäre dies der Fall, dann wäre der Staat verpflichtet, dagegen einzufordern und sich nicht von dem Gewinn die Steuern bezahlen zu lassen. Alle Großbetriebe schädigen die kleinen Geschäfte, nicht nur die Warenhäuser. Im Interesse der Gesamtheit liegt die Besteuerung der Warenhäuser nicht. Die Zeit schreitet über andere Geschäftsmacherei hinweg. Die kleinen Geschäfte ziehen doch niemand nach Lübeck, das geschieht doch nur dank der Intelligenz der Großgeschäfte. Der Staat hätte durch die Steuer nur einen Nachteil; den Schaden wäre nicht zu erwarten, wenn zwei solcher Firmen hier wegziehen würden. Grund und Boden ist durch die Errichtung der Warenhäuser gewaltig gestiegen.

Bürgermeister H. Ehrenburg: bestreitet, daß das Gesetz verfeindend sei, auch nicht veraltet sei, sonst würden es nicht andere Staaten einführen. Können die Warenhäuser anderwärts mit der Steuer beladen, wird's auch hier der Fall sein. Wir müssen sehen, aus aus dieser Branche etwas herauszuschlagen. Wenn wir brauchen noch viel mehr Geld; lehnen Sie die Steuer ab, so wird der Antrag wieder kommen.

Fehling: Wenn das Gesetz wegen der Warenhaussteuer abgelehnt wird, dann hat der Staat ja auch die 275 000 Mk. nicht zu erwarten. Ja Ihnen usw. gilt die Steuer als Abschaltung der Warenhäuser; dazu liegt hier kein Anlaß vor. Die Warenhäuser sollen zur Einkommensteuer einen Zuschlag von 100 000 Mk. zahlen, nur weil sie verschiedene Waren verkaufen. Das ist ungerecht. Die Steuer muss abgelehnt werden.

Senator Dr. Vermehren: betont, daß die Anlagen des Bezirks gerade den Warenhäusern zugute kämen. Deshalb gehört diese mit in das Gewerbesteuergesetz.

Buchwald: stellt sich bei dieser Sache im Gegenzug zu den Detailisten und spricht gegen die Warenhaussteuer. Die Warenhäuser seien bedeutsame Gescheinungen der Zeit, die aber nicht durch solche kleinständige Gesetze getroffen werden können. Das, was gegen die Detailisten angeführt wird, trifft auch den Handelskäfer; wo bleibt der Schneider, der Schuhmacher, der selbstständig arbeitet, er wird durch große Geschäfte verdrängt und zum Reparateur herabgewürdigt. Man sollte nicht immer auf Preisen hinschauen, auch nicht die Redensart gestrafen, daß der Teil die Steuer tragen soll, der sie tragen kann; damit kommt doch nichts heraus.

Solomé: Es ist sehr erfreulich, daß sich die meisten Redner gegen die Warenhaussteuer ausgesprochen haben. So wird es mir leichter Ihre Zustimmung zu erbringen als gestern. Für die Berechtigung der Warenhaussteuer wird auf Preisen hingewiesen und als zweiter Grund der Schuh der kleinen Detailisten herorgehoben. Preisen kann für uns gar nicht in Betracht, weil dort eine handels-

feindliche Stimmung herrscht, die Kreise, die dort herrschen, wollen den modernen Handel unterdrücken. In Bremen und Hamburg wird die Warenhaussteuer ferngehalten, das ist für uns ein besseres Beispiel als das von den agrarisch beherrschten Ländern Preußen und Sachsen. Der Schuh der kleinen Detailisten ist durch die Warenhaussteuer zweifelhaft. Das geht ja auch aus Buchwalds Worten hervor, daß es nur ein sehr kleiner Teil ist, der geschützt werden soll. Vier Fünftel des Mittelstandes haben von der Warenhaussteuer keinen Nutzen, weil sie dort im Warenhaus ihre Einfälle machen. Der Vorsitzende des Detailistenvereins, Herr Behn, hat angeführt, die Warenhaussteuer sei berechtigt, weil die Warenhäuser viele kleine Geschäfte vernichtet hätten. Es mag ja der Fall sein, daß einzelne kleine Geschäfte geschädigt worden sind, weil sie mit der Entwicklung nicht Schritt halten konnten. Dem Kleinhandel als Ganzes sind die Warenhäuser von Nutzen, sie bilden einen Ansporn zur Tatkraft und Energie. Seit dem Auflösung der Warenhäuser hat sich auch der Kleinhandel angestrengt, das Publikum besser zu bedienen. Insfern schon hat der Kleinhandelstand aus dem Warenhaus Nutzen gezogen. Die Herren Vorredner haben schon so viel gegen die Warenhaussteuer angeführt, daß ich vieles nur wiederholen müßte, und damit will ich Sie nicht aufhalten. In der Eingabe des Detailistenvereins ist darauf hingewiesen, daß die Warenhaussteuer in Preußen bewirkt habe die Zahl der Warenhäuser zu verringern. Sollte dies der Fall sein, wäre es für das Publikum von Nachteil. Die großen Spezial-Kaufhäuser machen den Detailisten doch ebenfalls Konkurrenz. Der Inhaber des Warenhauses wird die Steuer nicht tragen, sondern diese auf die Lieferanten abzuladen, und die wiederum halten sich an den Detailisten schadlos, die in kleineren Mengen beziehen und nicht gleich bezahlen können. Ein weiterer großer Teil der Steuer wird auf die Waren abgewälzt werden, ohne daß dadurch die Konkurrenz der kleinen Geschäfte gemildert wird. Die Massen der Arbeiter wird die Steuer eben bezahlen müssen, der Arbeitervorstand wird nicht geschont, unbemerkbar und indirekt trägt er die neuen Lasten. Noch keine Andeutung der Vorredner habe ich aber darüber gehört, daß die Warenhaussteuer den Konsumverein berührt. Von diesem soll sie erhöht werden, ob es nur eine oder mehr als vier Warenagenturen umfaßt, ob er die Merkmale eines Warenhauses trägt oder nicht. Die Kommission könnte hierfür keinen Grund angeben, vielleicht ist es auch fehlender Mut, einzugehen, daß die Steuer zur Verwaltung des Arbeiterkonsumvereins dienen soll. Sie trifft den Konsumverein mit alter Schärfe. Der Sozialdemokratie wird entgegengestanden, sie predigt Utopien, die nicht erfüllt werden können, wir sollten die Arbeiter mehr auf die Selbsthilfe hinweisen. Hier haben sich die Arbeiter eine Selbsthilfe geschaffen und nun wollen Sie dieser Selbsthilfe an den Krägen gehen, die Konsumvereine umbringen. Das kann man doch nicht mit dem Namen Gerechtigkeit bezeichnen. Bei Beratung des § 7 haben wir die Gründe angeführt, weshalb die Konsumvereine keine Erwerbsgesellschaften sind. Diese Gründe haben Sie nicht überzeugt. Sie beschlossen trocken die Besteuerung derer, die Konsumverein ist eine Vereinigung von Personen, die sich zusammengefloßen, um möglichst billig einzukaufen, die Waren auf Lager stellen und zu Tagespreisen wieder an die Mitglieder abgeben. Die etwas erhöhten Abgabepreise gegenüber den Einzelwaren dienen als Beibehaltungskapital und um die Löhne der Angestellten zu bezahlen. Am Jahresende wird dann die Gründung zurückgezahlt. Den Jahresumsatz sollen sie um 2 vom Tausend des Umsatzes als Konsumvereinssteuer und außerdem noch 1/4 vom Hundert als Warenhaussteuer bezahlen. Wer 750 Mk. im Konsumverein umlegt und 30 Mark zurückhält, muss hierfür 8 Mark Steuern bezahlen. Der Senat freilich behauptet, das sei nicht viel. Das sind aber 25 Prozent. Welcher Kaufmann würde nicht aufschreien, wenn er 25 Prozent Steuern bezahlen sollte. Ein Arbeiter, der für 750 Mk. Einkommen im Konsumverein macht, hat vielleicht 2000 Mk. Einkommen, die 8 Mk. Gewerbesteuer machen also 0,4 Prozent aus. Also Sie sehen, auch der Arbeiter muß Gewerbesteuer zahlen und es wurde doch beschlossen die Steuer nur von solchen zu erheben, die mehr als 3000 Mk. Einkommen haben. Die so breit hervorgehobenen 82 Prozent, die von der Steuer befreit sein sollen, treffen also nicht zu. Wer für 500 Mark im Konsumverein einkauft, zahlt 4 Mark Steuer und der hat vielleicht nur ein Einkommen von 1000 Mk., bei ihm beträgt die Gewerbesteuer 0,3 Prozent. Daß die Arbeiter geschont wurden, trifft nicht zu, sie werden höher betroffen als die Gewerbetreibenden. Sie schaden durch die Steuer den Arbeiter und den Konsumverein, ob Sie dem Detailhandel nutzen, weiß ich nicht. Sollte dem Verteilen des Konsumvereins hat sich der Detailhandel nicht vermindet. Vielleicht sind einzelne kleine Hötereien verschwunden, vom hygienischen und ökonomischen Standpunkt ist dies nicht zu bedauern. Größere Kolonialwarengeschäfte sind durch den Konsumverein nicht eingegangen. Der Arbeiter kann durch den vorteilhaften Einkauf im Konsumverein anderweitige Bedürfnisse decken, und so hat der Detailist noch Nutzen vom Konsumverein. Sie schaden durch das Gesetz dem Konsumverein und den Detailisten. In einer Zeit der Zerwerfung, die der Konsumverein den Arbeitern etwas erträglicher macht, wollen Sie ein Mittel schaffen, um diesen Bereich zu erdrosten. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Der Konsumverein wird im Gegenteil an Mitgliedern zunehmen. Lassen Sie Gerechtigkeit walten, und legnen Sie die Warenhaussteuer ab, die auch den Arbeiter trifft. (Bravo! b. d. Soz.)

Senator Dr. Vermehren: hat den Grund noch nicht gehört, wie der Arbeiter durch die Warenhaussteuer getroffen werden. Sicherlich würde es der Arbeiter mehr spüren, wenn die Einkommensteuer erhöht würde. Der Senat verfolgt keine konsumvereinfeindliche Tendenz, mir persönlich sind Sie nicht lästig. Sie schädigen aber doch durch den Konsumverein die Detailisten, deshalb ist die Steuer berechtigt.

W. Behn: Sie 50 000 Mk. Gewinn haben und davon 7000 Mk. Steuern zahlen, bleiben Ihnen ja doch noch 43 000 Mk., da kann man von einer Erdroßelungssteuer nicht reden.

Dr. v. Brocken: tritt gegen die Warenhaussteuer auf. Der Kern der Ungerechtigkeit liegt darin, daß Sie die anderen Großgeschäfte nicht besteuern. Wir sind die einzige Hansestadt, die das tun will; lassen Sie Preußen so machen, wo konervative Elemente am Ruder sind, wir brauchen Sie nicht lästig. Sie schädigen aber doch durch den Konsumverein die Warenhäuser, und das ist wohl der Punkt, daß wir für die Beamten stets eingetreten sind. Die Detailisten wissen ganz genau, daß durch 4 Proz. Umsatzsteuer die Warenhäuser nicht vernichtet werden können.

Buchwald: hat vielleicht einen Umsatz von 4 Millionen Mark, das Hotelhaus von 1 Million, da heißt es außerdem dann, Lübeck ist ja das reinste Eldorado für Warenhäuser, und wenn wir die Steuer nicht einführen, ziehen wir neue Warenhäuser her. Wenn Bremen 400 000 Mk. Bruttogewinn hat und 32 000 Mk. Steuern bezahlt, kann er auch noch die Warenhaussteuer tragen. 100 Geschäfte könnten an Bremen stecken, die dem Staat je 4-5000 Mk. Steuern einbrächten.

und 100 Familien wären Lübeck doch nüchtern als 100 junge Leute. Bedenken Sie alles und geben Sie jedem das Seine.

Dr. Biehl spricht dafür, daß die Debatten bei der vorbeschriebenen Zeit etwas gefährdet werden. Schiemann tritt für die Warenhausssteuer ein. Bei diesem Paragraphen handelt es sich mit Recht darum, daß den Detailisten Schutz gegen Warenhäuser gewährt wird. Die Warenhäuser sind vielfach vom Gelde der Banken geschaffen, das hohe Zinsen abwirkt. Treu und Glauben werden durch das Warenhaus vernichtet. Die kleinen Detailisten haben unter den Warenhäusern schwer zu leiden. Wer ein Interesse für den Mittelstand besitzt, muß für die Steuer eingetreten.

Behn polemisiert gegen Dühring, der behauptet habe, der kleine Geschäftsmann verdiene sein Geld mühselos als der Warenhausbesitzer.

Dr. Käbler ist für die Warenhausssteuer, die allerdings eine Sondersteuer sei aber eine Ungerechtigkeit nicht einzuholen. In Lübeck hätten wir nur zwei maßgebende Warenhäuser, von denen der eine Besitzer intelligent sei, was für die anderen vielleicht nicht zutreffe, das wollte er gegen Dühring ansprechen.

Dühring bezieht die Außerung des Herrn v. Schack, ein Beamter habe gegen die Warenhausssteuer gesprochen, auf sich und bedauert diesen Standpunkt. Er sei hier Bürgerchaftsmitglied, genau so wie Herr v. Schack (Sehr richtig! bei den Soz.). Der übrigens den krassesten Interessenstandpunkt hervorgehoben habe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Redner wendet sich ferner gegen Behn und Dr. Käbler.

Stellung: Der Senat hat erklärt, keine Konsumvereinsfeindliche Tendenz zu verfolgen, in demselben Atemzuge behauptet er aber, daß die Konsumvereinssteuer ein gerechter Ausgleich sei für die angeblichen Schäden, die der Konsumverein den Detailisten bringe. Mit letzterem sage ich unumwunden ausgesprochen worden, daß ein Ausnahmegesetz geschaffen werden soll. Gerechtigkeit muß herrschen, davon kann hier aber keine Rede sein, wenn man die Warenhaus- und Gewerbesteuer auf die Konsumvereine ausdehnt.

Herr Senator Bernheim sollte sich mit den Verhältnissen im Konsumverein besser vertraut machen und von dessen nationalökonomischem Wert, dann würde er nicht solche nicht ernst zu nehmende Niedersarten von Ertrag des Konsumvereins und daß die Konsumvereinsmitglieder dieses Ertrages in die Tasche stecken, gebrauchen. Dem Senat kann man nach mancher Hinsicht recht dankbar sein, er hat, allerdings mit unaugelassenen Mitteln, Agitation für den Konsumverein getrieben, vielleicht erwärmen sich einige Herren im Bürgerschaftsaal, ich meine natürlich hier unten, für den Konsumverein und werden Mitglieder. Herr v. Schack hat gegen die Warenhäuser gewertet und offen zugegeben, daß es sich hier um nichts anderes als um eine Erdrosselungssteuer handle. Sagte er doch, durch diese Steuer solle verhindert werden, daß ein drittes Warenhaus komme. Dass er da noch die Rühmheit besitzt und behauptet, er habe nicht die Absicht der Erdrosselung, kann ich nicht verstehen. Im übrigen sind ja die Detailisten sehr gut mit den Warenhäusern ausgekommen. Ist doch einmal ein Abkommen zwischen Detailisten und Warenhaus getroffen worden, um die Preise für Garn zu normieren, ein Beweis dafür, daß ein harmonisches Zusammenspiel möglich ist. Herr v. Schack trat hier als Wahler und Reiter des Mittelstandes auf. Herr v. Schack kann aber den Mittelstand ernstlich nicht vertreten, sonst wäre es ausgeschlossen, daß er erklärt, wenn die Anklage für die Stromreiniger hier nicht billiger als bisher angefertigt würden, dann würde die Arbeit nach auswärts vergeben. Das ist die berühmte Mittelstandsfeindseligkeit des Herrn v. Schack. (Bravo! b. d. Soz.)

v. Schack: Herr Stelling hat mit der letzten Bemerkung eine große Unwahrheit gestellt. (Der Redner wird für den Ausdruck zur Ordnung gerufen. Zuruf: Stellung! Den Wahrheitsbeweis werde ich Ihnen liefern.) Über den ersten Absatz des § 11 (Warenhausssteuer) wird auf Antrag Stellung und Genossen namentlich abgestimmt. Er wird mit 56 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen 33.

Comit ist der ganze § 11 abgelehnt. Nach einer persönlichen Bemerkung Schiemanns wird die Weiterberatung auf Mittwoch abend 6 Uhr vertagt.

Schluß 1/12 Uhr.

Aus der Partei.

Personalien. Zum Bezirksparteisekretär für das östliche Westfalen wurde Genosse Schreif-Bielefeld gewählt.

Oskar Nissen: Einen schweren Verlust hat unsere norwegische Bruderpartei erlitten. Am Mittwoch starb in Kristiania im 68. Lebensjahr Genosse Dr. Oskar Nissen, Parteivorsitzender der norwegischen Sozialdemokratie. Nissen war Frauenarzt von Beruf und ein Mann, der sich eine vielseitige und gründliche Bildung verschafft hatte und dessen edle Charaktereigenschaften auch bei den schärfsten Gegnern Anerkennung fanden. In seinen jungen Jahren hat er sich für mancherlei Bemühungen begeistert und setzte er mit seiner ganzen Persönlichkeit für seine Überzeugungen eingesetzt. 1848 in Tromsö, in Norwegen, geboren, aber dänischer Abstammung, eilte er 1864 in jugendlich-patriotischer Begeisterung den Dänen zu Hilfe und diente sechs Monate lang erst als Gemeiner, dann als Korporal im dänischen Heere. 1870 nach der Schlacht bei Sedan reiste er nach Paris, um den Franzosen beizustehen, aber nicht nicht als Soldat, sondern als Arzt. Er übte diese Tätigkeit während der ganzen Zeit der Belagerung und unter der Kommune aus und korrespondierte nebenbei für norwegische Blätter. Er kehrte dann in sein Heimatland zurück und ließ sich einige Jahre später in Kristiania als Frauenarzt nieder. Er galt als eines der tüchtigsten Ärzte Norwegens. Als Mitte der achtziger Jahre im alten Arbeiterverein - Kristiania arbeiderforening - der Kampf zwischen den Anhängern der Linkspartei und der jung aufstrebenden Sozialdemokratie einsetzte, stellte sich Nissen entschieden auf die Seite der Sozialdemokratie und von jener Zeit an begann seine Tätigkeit in der Partei. Von 1894 - als die Partei Sozialdemokraten übernahm - bis 1898 war er Redakteur dieses Blattes. Seit 1898 war er Stadtverordneter und seit 1906 Vorsitzender der norwegischen Arbeiterpartei, die in ihm einen ihrer stärksten Männer verlor.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Konferenz der Jugendausschüsse der Provinz Brandenburg, an der 36 Delegierte von 19 Jugendausschüssen teilnahmen, fand am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Genosse Baron-Brandenburg sprach über "Die Aufgaben der Jugendausschüsse". Er erörterte die gesetzliche Lage, mahnte die Jugendausschüsse, sich unter allen Umständen in den Rahmen des Vereinsgesetzes zu bewegen und besprach dann die praktische Ausübung der Ausschüsse. Er empfahl u. a. die Einrichtung von Wandersparkassen. Ein Antrag, in allen größeren Orten, in denen eine Jugendbewegung besteht, auch Jugend-

auschüsse zu gründen, wurde einstimmig angenommen. Dann sprach Genosse Gorra als Vertreter der Jugendzentrale über "Die Aufgaben des Bezirksjugendausschusses". Es sei unbedingt nötig, zwischen der Zentrale und den örtlichen Jugendausschüssen noch besondere Bezirksausschüsse zu errichten. Der Bezirksausschuss habe die Tätigkeit der einzelnen Jugendausschüsse zu kontrollieren, ihnen Anregungen für ihre Tätigkeit zu geben und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Eine wichtige Aufgabe sei die Pflege einer genauen Statistik und auch die Sammlung aller besonderen Materials über die eigene Bewegung und die der Gegner. Schließlich wurden je drei Vertreter von Partei, Gewerkschaft und Jugend in den Bezirkjugendausschuss gewählt, der damit beauftragt wurde, der nächsten Konferenz ein genau ausgearbeitetes Regulativ vorzulegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Eisensarbeiterstreik in Eisenberg ist beendet. Nach einem nahezu 21wöchentlichen Kampfe haben sich die Eisenberger Eisensarbeiter genötigt geschlagen, die Waffen zu strecken. In einer Versammlung der Streikenden wurde dieser Beschluss mit 175 gegen 100 Stimmen herbeigeführt. Die Ursache dieser Niederlage ist darin zu suchen, daß die Fabrikanten in der Lage gewesen sind, einen nicht unerheblichen Teil ihrer Arbeiten von auswärts geliefert zu erhalten. Nicht unerheblich kam aber auch weiter in Betracht, daß an der Bewegung 11 Organisationen beteiligt waren. Das hatte zur Folge, daß sich im Laufe der Zeit Misschönigkeiten herausbildeten, die die Einigkeit der Streikenden zu gefährden drohten. Die Unternehmer haben beschlossen, die vor dem Streik gemachten Zugeständnisse zu einem von ihnen zu bestimmenden Termin zur Einführung zu bringen. Der Verlauf des Kampfes wird indessen nicht unkraut sein, die Organisation zu schädigen. Sie wird im Gegenteil bemüht sein, die gewonnenen Erfahrungen im Interesse der Arbeiter lustig auszunützen.

Zum Streik der Feilenarbeiter in Remscheid. Wie bekannt, stehen schon über ein halbes Jahr im Remscheider Industriegebiet die Feilenarbeiter im Streik. Am 20. und 22. Dezember 1910 fanden auf Veranlassung des Herrn Dr. Farres Verhandlungen statt. Die Unternehmer zeigten aber nicht das geringste Entgegenkommen. Am 23. Dezember nahmen die Feilenarbeiter zu diesen Verhandlungen Stellung und beschlossen in geheimer Abstimmung mit 602 gegen 4 Stimmen im Ausstehen zu verharren. Der Kampf geht also weiter und wiederum ist die Herbeiführung des Friedens an der Hassstarrigkeit der Unternehmer gescheitert. Polizei und Gerichte stehen wie immer auf der Seite der Gegner. Über 3½ Jahre Gefängnis sind schon über die Streikenden verhängt worden; aber nichts kann die so tapfer kämpfenden bewegen, von der Durchführung ihrer so berechtigten Forderungen abzugehen, denn von den fast 1000 Kollegen, welche am 2. Juli 1910 in den Streik traten, sind nur sage und schreibe 24 zum Verräter geworden. Die Unternehmer arbeiten nun mit Hochdruck, um von außen Arbeitswillige heranzuziehen. Alle Arbeitsnachweise und Herbergen versuchen Leute nach Remscheid abzuschicken. Ungebetne und Arbeiter jeden Berufes sind den Unternehmern jetzt willkommen. Es geht ihnen ja nur darum, drei Betriebe zu besiegen und die Streikenden damit irre zu machen, um dann nach Beendigung des Kampfes diesen Herauszelleren den wohlverdienten Zugang zu geben. Darum gilt es jetzt mit doppelter Energie zu arbeiten, um den Zugang nach dem Remscheider Industriegebiet fernzuhalten. Kein Arbeiter, gleich welchen Berufes, lasse sich nach Remscheid, Radevormwald, Wormelskirchen, Lenne oder nach dem Zwangsarbeitsnachschub, Remscheid, Elberfelderstraße, verlocken, denn nur als Verräter seiner Klassengenossen wird er Beschäftigung finden können. Führe mir nicht nur die Solidarität im Munde, sondern beweise sie den so heldenmäßig kämpfenden Bergischen Feilenarbeitern, indem fester Zugang abgeschnitten wird.

Die Moabit-Polizeischlägerei vor Gericht.

In der Dienstagsverhandlung erwiderten zunächst der Erste Staatsanwalt Steinbrecht und der Staatsanwalt Stelzner. Steinbrecht machte dem Verbande der Transportarbeiter zum Vorwurf, er sei bei der Auswahl von Streikposten nicht sorgfältig genug verfahren. So habe er den Angeklagten Liedemann mit Streikpostenleben beauftragt, obwohl Liedemann mit 9 Monaten Gefängnis vorbestraft war. Staatsanwalt Stelzner behauptete mit Entschiedenheit, in Moabit seien Lockspiegel nicht tätig gewesen. Die Moabit-Bewohner habe eine unberichtigte Furcht vor Lockspiegeln. Er könne sogar den Beweis führen, daß keine Lockspiegel verwendet wurden; er habe darauf verzichtet, weil es mit der vorliegenden Sache nicht im Zusammenhang steht. Aber der Beweis werde in dem Prozeß geführt werden, den der Polizeipräsident gegen einen Vorwärtsdoktor angetreten habe.

In einer scharfen Replik wies Rechtsanwalt Heinrich die Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft gegen die Verteidigungszeugen erhoben hatte, zurück, ebenso auch das Märchen, die Aussicht von den Lockspiegeln sei dadurch entstanden, daß sich Leute falschlich als Kriminalbeamte ausgeben hätten. Die Massenhäufigkeit der Polizeiausbreitungen gehe daraus hervor, daß von nur 100 Zeugen 218 Fälle von solchen Ausschreitungen bekannt worden seien. Die durch die Tausende von Ausschreitungen hervorgerufene Erregung müsse den Angeklagten zugute gehalten werden.

In der Nachmittagsitzung betont Rechtsanwalt Liebhardt noch einmal die vollständige Unbrauchbarkeit des Zeugen Willimodt und die volle Unschuld seines Mandanten Blaß, der unbedingt freizulassen sei. Rechtsanwalt Heinrich bemerkte, selbst wenn man die Aussage des Weißschmidt als wahr unterstellen wolle, sei die Schuld des Blaß doch nur äußerst gering. Er habe dann lediglich dem Weißschmidt nicht so geholfen, wie es ein anderer vielleicht getan haben würde. Bei einem von seinen Gästen abhängigen Gastwirte sei das sehr erklärt. Ein Wirt wünsche in seinem Lokale Ruhe und Frieden und suche zwischen Streitenden zu vermitteln. Selbst wenn Wirt wider alles Erwartete verurteilt werden sollte, sei die Strafe durch die 3½-monatliche Untersuchungshaft mehr als verbügt. Die Angeklagten, die nun das Wort erhalten, bitten zum größten Teil um Freisprechung oder um mildende Umstände.

Darauf wird die Sitzung, in der das Urteil zu erwarten ist, auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr festgesetzt.

Moabit vor dem Schwurgericht.

Heute am Dienstag wurde die Vernehmung der 18 Angeklagten zum Abschluß gebracht. Angeklagter Hobde, der dem Angeklagten Minot einen Revolver ausgehändigte hatte, aus dem dann zwei durchaus wirkungsvolle Schüsse abgefeuert wurden, erklärt, er sei am Abend des 27. September auf dem Wege zur Wohnung seiner Eltern ohne jeden Grund von mehreren Kriminalbeamten gefangen worden. Ein seiner

Freigabe bietet einen von der Polizei schwer Mißhandelten habe er darüber mit einem kleinen Stein geworfen und eine Laterne zertrümmert. Schätzleute seien nicht in der Nähe gewesen. Die Frage der Verteidigung, ob der Angeklagte Mißhandlungen gelebt habe, wird vom Präsidenten moniert. Auch der 20jährige Angeklagte Albrecht, ein Gelegenheitsarbeiter, hat mit Steinen geworfen. Es sei nach einer Laterne gezielt geworfen, die aber nicht getroffen wurde. Der Angeklagte gibt zu, die vom Angeklagten Rohde zertrümmerte Laterne heftig geschüttelt zu haben, sodass die Glasscherben herunterstießen. - Der Angeklagte Albrecht ist am 1. Januar d. J. 18 Jahre alt geworden. Er hat am 27. September einen Schwamm um Durchlass durch die Schwammsfette. Der Schwamm läufterte: "Komm mal her, Birschen. Du hast wohl noch deine Dreiecke gekriegt!" stieß ihm dann wiederholt mit dem Kopf in einen Fleischauflauf, gab ihm einen Fußtritt und zog ihn am Ohr vom Boden empor, so daß das Ohr blutete. Ein Wachtmeister äußerte auf die Beschwerde des Mißhandelten nur: "Mach so, daß Du fort kommst!" Markwardt hat nachher getrunken und nach Laternen geworfen, ohne zu wissen, was er tat. Auf einen Haftentlassungsantrag des Rechtsanwalts Jakob, der damit begründet wird, daß der Angeklagte, der zur Zeit der Tat erst 17 Jahre war, und nach seiner Straftat gefestlich nicht der Zuständigkeit der Geschworenenrichter unterstehe, bemerkt Staatsanwalt Porzel, der Angeklagte gehöre einer clique an, die des Landfriedensbruchs schuldig sei. Das Gericht behält sich den Beschluss vor. - Der Angeklagte Schäffnerberg äußert, ohne jede Veranlassung sei von Schätzleuten alles niedergeschlagen worden. Aus Anger darüber, daß drei Kriminalbeamte auch Frauen und Kinder nicht verschont haben, habe er einige Steine vom Hofe getragen, aber nicht geworfen. - Auch der Ang. Minot ist durch das Vorgehen der Polizei gereizt worden. Er habe dann getrunken und aus dem Revolver zwei Schüsse in die Luft abgegeben.

Nach der Mittagspause gibt Polizeimajor Selein auf Ersuchen des Präsidenten eine eilige Schilderung der Moabiter Vorgänge. Dann wird Polizeileutnant Gölke vernommen und die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz. In der Berufungsinstanz wurde vom Oberriegessgericht in Berlin der Soldat Naumann, der als Advenit ist sich hartnäckig geweigert hatte, am Sabbat Dienst zu tun, zu 6 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch in der Festung Spandau, wo er interniert ist, weigert er sich, Dienst zu tun. Ein unverständliches Urteil!

Wegen eines halben Pfennigs vor dem Strafrichter! Wegen eines angeblichen Diebstahls im Wert von etwa einem halben Pfennig fand vor dem Göttinger Schöffengericht eine hochnotpeinliche Gerichtsverhandlung mit dem ganzen Aufgebot von Richter, Schöffern, Staatsanwalt und Rechtsanwälten statt. Angeklagt war der Ingenieur Hans Leich, Mitinhaber der Göttlinger Waggonfabrik, G.m.b.H., der beschuldigt war, ein in der Firma Wilhelm Sartorius gehöriges Kuvert gestohlen zu haben. Die Anzeige war die Folge eines beständigen Konkurrenzkampfes, den die ältere Firma Wilhelm Sartorius einfach hat, deren früherer Konstruktionsingenieur der Angeklagte Leich war. Der Ingenieur Leich hatte festgestellt, daß die Firma Sartorius Druckfachen hatte an fertigen, die denen seiner Fabrik täuschen ähnlich nachgeahmt waren. Er vermittelte unlautere Geschäftsmanipulationen, und um dies vor Gericht zwecks Verhinderung der ihm bekannten Absicht der Firma Sartorius, sich eine der sehr ähnlichen eiligen Firma einzutragen zu lassen, beweisen zu können, reichte er dem Gericht ein, das dem von ihm entworfenen Aufdruck seiner Firma täuschend ähnlich. Das Kuvert hatte er gleich vor Gericht bezeugt. Der Staatsanwalt beantragte selbst die dann auch erfolgte Freisprechung. Das Gericht erkannte demgemäß. War denn aber wirklich die Aufklärung des ganzen behördlichen Apparates einer hochnotpeinlichen Gerichtsverhandlung nötig, um den klar liegenden Tatbestand festzustellen?

Aus Nah und Fern.

Todesfall unter Verdacht der Margarinevergiftung. Im Norden Berlins in ein neuer Fall von Margarinevergiftung vorgekommen. Nach dem Genuss von Margarine erkrankte in der Bremer Allee 238 die 68-jährige Zigarettenarbeiterin Luise Cardeno unter Vergiftungserscheinungen. Das Bestinden der Frau verschlimmerte sich so schnell, daß gestern vormittag ein Arzt hinzugezogen wurde. Dieser ordnete die Überführung der Patientin nach einem Krankenhaus an; doch kaum war der Krankenwagen bestellt, als die Frau starb. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche und leitete eine genaue Untersuchung ein. Ob der Tod wirklich durch den Genuss von Margarine herbeigeführt worden ist, muss erst durch die Untersuchung festgestellt werden.

Große Unterschlagungen sind, wie die Köln. Zeitung erfährt, bei der Ortskassenfalle für Handwerker in Köln vorgekommen. Die Veruntreuungen liegen viele Jahre zurück und wurden bisher nicht aufgedeckt, weil Kassierer und Buchhalter Hand in Hand arbeiten. Die Höhe der veruntreuten Summe ist noch nicht festgestellt.

Bei dem Einsatz eines Baues in der Nähe von Castro Urdiales wurde eine Anzahl von Arbeitern verletzt. Vier Männer wurden getötet und fünf verletzt.

Über eine Schiffsataktrophe auf hoher See berichtet Kapitän Jacobson vom Flensburger Dampfer "Ursus" in folgendem Schreiben an seine Reederei: Am 22. Dezember, 7 Uhr morgens, auf circa 47° 19' N. und 6° 18' W. sahen wir einen in Flammen stehenden Dampfer in die Tiefe sinken. Es schien ein neues Schiff von circa 4000 Tons zu sein, das vermutlich mit Schwergut und oben mit Esparcigras beladen war. Lebende Wesen waren nicht zu sehen. Wir blickten an der Unfallsstelle bis Tagessanbruch gewahrt, gewahrten aber weder Boote noch Menschen. "Ursus" befand sich auf der Reise von England nach Livorno, wo der Dampfer nach 18-tägiger Reise eintrat. Die Verantwortung der Meldung erklärt sich daraus, daß der Reederei in Leith nach Flensburg domiziliert ist und der Brief den Weg über Leith nach Flensburg genommen hat.

Verbrannt. In Zichen bei Metelen brannte eine mit Stroh gefüllte Scheune nieder. Unter den Trümmern wurden drei toto totte Leichen gefunden.

Auf einer Fischolle ins Meer getrieben aus Moabit wird gemeldet: Dünndachzig Fische und achtunddreißig Fische sind auf einer Fischolle ins Fischische Meer ausgetrieben worden. Aus Moabit sind Rettungsdampfer abgegangen.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Köln.

Gebr. Barg

Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteiger-Liefer.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-
kauf von Margarine
verlange man ausdrücklich die
erstklassigen Margarinemarken
der Firma A. L. Mohr
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
K. Nuchs, Lübeck,
Schmiedest. 2.

Arb.- u. Berufs-Ki.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31
Ernst Diederichs, Brokesstr. 25
F. Jürgenssen, Schwartauer Allee
Alb Melincke, Ecke Aegidienstr. 10
J. H. Pein, am Markt
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25
Rudolph Karstadt, Butin.
Johannes Hansen, Oldendorf.
Hans Struve, Königstr. 89
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14
W. Friedrichsen, Travemünde

Art. z. Krankenpf.
F. W. Busch, Lübeck, Roekstr. 5b.
F. W. Heyde, str. 38
Henry Möller, Blücherstr. 20
Karl Pöhl, Wickedestr. 3 Tel. 1487
A. Rühl, d. Ortskrankenkausse
J. Ronge, Moislinger Allee 6a
Adler-Drogerie, Schwartau

Artikel für Vereine.
H. Bichelkell, Schieß- u Kegelgew.

Bäckereien

Pani Burmester, Lübeck, Hörnstr. 48
Dampf-Bäckerei Hansa' C. D. Jung & Co.

Fischer, Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

J. Eixmann, grube 67 * T F Hinrichs, Moislinger Allee 43

Dillh. Hüper, grube 70 H. Jargstorff, Warendorfstr. 30

R. Kasch, Fleischbäckerei Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei

wim. Krahn, Fackenb. Allee 37a

A. Melincke, Kond. Feinbäckerei Heinz Tamm, Wickedestr. 20

L. Reinbold, Web- u. Fleibäckerei Moisling, Grob.

John. Gode, Fein- u. Weißbäckerei Retzfeld, Kirchenstr. 14

L. Schümann, Fein-, Weiß-, Grob-

Joh. Elvers, Lübeckerstr. 46

Art. Kl. Hinzelmann, Weselerstr. 23 Feines Schärz- u. Weißbrot

B. Plath, Lübeckerstr. 3. Hema. Steffen, Secreta. W. Stelshoff, Friseurinno.

Beerd. u. Sarg-mag.

FRARBY
Hörnstr. 111.
Zur Ruhe.

Georg Behnck, Lübeck, Warendorstr. 4. T 2186

Central-Berügungsinstitut A. Brodersen, Auguststr. 7. Tel. 1000.

L. Breiden, in allen Preislagen.

C. Thiessen & Sohn, Wahnrstr. 39. Übern. ganzer Beerd.

Stute Leichen- u. Transportwagen.

L. Hübner, Lager fertiger Säfte

H. Griebel, Karin, Weidestr. 14.

G. Wackenf., Fackenburg.

E. Krüger, Reinfeld. Gr. Lager in Holz- und Metallkisten.

Besohlanstalten

C. Melincke, Lübeck, Schanzenstr. 4.

Besohlanst., Elektric. H. Fassch. Gr. Gröpelgrube 14

Hansa' J. Dettmann Beckengrube 51.

W. Hitz, Schanzenstr. 33.

J. Hillebrand, Flinshausen 2.

John. Hirsch, schmiedest. 3.

Johannes Vog. Hörnstr. 90.

Betten, Bettfedern

Bahr & Umlandt, Lübeck, Hörnstr. 31.

Ernst Diederichs, Brokesstr. 25.

L. Duse, Große Burgstr. 22.

J. Jürgenssen, Schwartauer Allee.

Alb Melincke, Ecke Aegidienstr. 15.

Hans Struve, Königstr. 89.

Richard Wagner, Melincke 14.

Max Kastel, Melincke 16.

Brauereien

Alte Brauerei Lübeck

Lübecker Brauerei, Brauerei.

Elbschloss, Hörnstr. 15.

Der Schloss, Hörnstr. 16.

Lübecker Hansa.

Elbe.

Zur Walkmühle

H. Lück, Lübeck, Hörnstr. 15.

Spaßfischer in Getreide und Fleisch.

Erscheint
dreimal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
bersts empfohlen

H.E. Koch Möbelhäuser

bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteiger-Lief. Hörn, Stühle, Spieg.
Matratzen. Musterzaal gratis. Lieferung

Poststr. 672, Münsterstr. 20 bis 24.

Aufhebung der Besteuerung sind die Bündholzindustriellen selbst nicht einverstanden. Das muß für uns ausschlaggebend sein. Das Richtige wäre, diese ganze Industrie von Reichswegen zu monopolisieren.

Dr. Hahn (Kons.): Auch wir erkennen nicht die überaus mißliche Lage der Bündholzindustrie. Die

Nichtverzollung der Bündholzindustrielle

und der Mangel eines Zusammenschlusses aller Fabrikanten sind schuld daran. Durch Beseitigung der Steuer kann der traurige Zustand der Industrie nicht behoben werden, sondern durch gleiche Belastung der Erzeugnisse. Schuld an der Steuer sind auch vor allem diejenigen, welche die von Regierung vorgeschlagenen indirekten Steuern, die Reklame- und Inseratensteuer abgelehnt haben. (Sehr richtig! rechts.) Wären diese angenommen worden, so hätten wir weder die Bündholzsteuer noch den Kaffee- und Teezoll gebraucht. (Abstimmung rechts.) Die Linke meint nun, als Erstes könne die Erbschaftssteuer eintreten. Aber selbst die Abgeordneten Müller-Meiningen und Wiemer haben diese Steuer als Eingriff in die Familie bezeichnet. Wir werden jedenfalls nicht verschweigen, daß wir diese Argumente der Volksvertreter verdanken und betonen, daß wir nicht die Wandelbarkeit der Gesinnung haben wie die Linke. (Lachen links.) Die Finanzreform war eine harte Notwendigkeit und ihre Bemäßigung eine politische Pflicht. (Sturm. Hurra! Hurra! links.) Ich danke Ihnen, meine Herren. (Bravo! rechts.)

Hierauf verzog sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Präsident Graf Schwerin-Löwisch schlägt vor, die nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der heutigen Tagesordnung vom zweiten Punkte an, zweitens Antrag Kanitz (R.) betr. Maßnahmen zum Schutz des Mittelstandes.

Es entspießt sich hierüber eine Geschäftsortdungsdebatte, welche damit endet, daß ein Antrag Singer (SD) angenommen wird, morgen zunächst die heutige Debatte fortzuführen.

Schluss 7½ Uhr.

Das Lübecker Klassenparlament und die Gewerbesteuer.

Der gestrige Dienstag war für die Lübecker Bürgerschaft kein Ehrentag; hat sie doch den Grundzügen eines Gesetzentwurfes ihre Zustimmung gegeben, welcher der Gerechtigkeit direkt ins Gesicht schlägt. Um den höheren Beamten — die unteren Beamten scheiden hierbei aus, da sie ja im Verhältnis nahezu leer ausgegaggt sind — eine erhebliche Gehaltszulage auf ihr ohnehin schon hohes Einkommen gewähren zu können, wird ein nicht unerheblicher Teil unserer Bevölkerung direkt durch eine Gewerbesteuer einseitig belastet, während man der erwerbstätigen Bevölkerung auf indirektem Wege neue indirekte Lasten auferlegt. Was man vor Monatsfrist nicht für möglich gehalten hat, ist eingetreten: Dank einem hinter den Kulissen betriebenen Kuhhandel wird die Gewerbesteuervorlage zweifellos Gesetz werden. Als Akteur fungierte hier in der Haupthache ein Vorstandsmitglied der Liberalen Volkspartei, ein Mann, der sich bei jeder Gelegenheit auf seinen reinen, unverfälschten Liberalismus etwas zugute hält. Und ein nicht unerheblicher Teil der Parteidräger dieses Herrn leistete ihm Gefolgschaft. Mögen die von der Gewerbesteuer betroffenen Einwohner sich diese Tatsache merken und bei den kommenden Reichstagsswahlen den liberalen Maulhelden die richtige Antwort geben. Möge auch die Arbeiterschaft, die sich in der Genossenschaftsbäckerei und im Konsumverein wichtige Stützen als Konsumenten geschaffen hat, das Verhalten der Bürgerschaftsmitgliedern zugestellt werden. Nach mehrfachem Hin und Her wurde den Opponenten — aber auch in nur diesen — ein Abzug des Antrages zugestellt, nachdem man festgestellt hatte, daß den Besuchern der Vorversammlungen das Leiborgan der Kuhhändler, das „Lübecker Tagblatt“, offizielles Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, mit den Kompromißvorschlägen übermittelt worden war.

Bei Beratung der Gewerbesteuerversäße wurde vom Genossen P. Pape in eingehender Weise der Nachweis geliefert, daß die geplante Besteuerung des Konsumvereins und der Genossenschaftsbäckerei mit 2 vom Tausend Gewerbesteuern vom jährlichen Umsatz eine Ungerechtigkeit, ein steuerliches Ausnahmegericht sei. Mit allem Nachdruck plädierte unser Redner für die Streichung dieser Bestimmung. Vom Senat hatte man den Senator Dr. Ermerhausen vorgezogen, der in äußerst ungeschickter Weise gegen Gen. Pape operierte und offen zugab, daß man die Konsumvereinsteuern zum Schutz des Kleinhandels einführen wolle. Daß von dieser Seite, als auch von mehreren anderen Rednern mit dem Wort Gerechtigkeit arger Missbrauch getrieben wurde, ist man in unserem Klassenparlament schon so gewohnt geworden, daß man sich darüber nicht mehr anzuhalten braucht. Die schreckendste Ungerechtigkeit wird als Gerechtigkeit bezeichnet!

Und so ist denn im „Namen der Gerechtigkeit“ gestern in namentlicher Abstimmung, die auf Antrag unserer Genossen erfolgte, mit 71 gegen 29 Stimmen die Besteuerung der Konsumvereine und Genossenschaften mit 2% vom jährlichen Umsatz beschlossen worden, trotzdem jeder Mensch, der noch logisch zu denken versteht, zugeben muß, daß die Konsumvereine und Genossenschaften als stehende Gewerbebetriebe überhaupt nicht angesehen sind. Fürwahr, Lübeck kann „stolz“ sein auf sein Klassenparlament, in dem nur der reine, natiue Klassenpunkt zur Sitzung kommt.

Gleichfalls auf unseren Antrag — wir wollten unsere Pappenhimer kennen lernen — wurde über den Kompromißantrag Voile abgestimmt. Mit 78 gegen 26 Stimmen wurde er zum Gesetz erhoben.

Eine längere Debatte entspann sich über die Bestimmung, bezüglich der Abzugsfähigkeit der Schuldenzinsen. Von mehreren Anhängern des Komromisses wurde erklärt, daß mit der Abzugsfähigkeit der Komromiss stehe oder falle. Die Bürgerschaft hatte dann auch ein Einsehen und erklärte sich für die Abzugsfähigkeit der Schuldenzinsen.

Gewichtige Bedenken wurden von Herrn Schiemann gegen die Filialsteuer erhoben. Vergebens! Auch diese Steuer wurde geschluckt.

Den Höhepunkt des gestrigen Abends bildete die Debatte über die Einführung einer Warenhaussteuer, die ein hoher Senat und eine Reihe Mittelständler auch noch extra auf die Konsumvereine ausdehnen wollten. In treffenden Worten legte Genosse Dr. Scholzemer die Ungerechtigkeit dar, die in dieser Steuer in deren Anwendung auf die Konsumvereine liegt. Er nagelte die Herren fest, die aus angeblicher Sorge um den Mittelstand dieser Steuer das Wort redeten. Diese Ausführungen riefen die „Mittelstandsreiter“, die Schack, Schiemann, Behn und Konsolet auf den Plan, die in beweglichen Worten Klagedieder Jeremias sangen über den vermeintlichen Schaden, den Warenhäuser und Konsumvereine anrichten sollen. In später Nachtstunde bewies Genosse Stelling an der Hand mehrerer Beispiele, was es mit der mittelstandsretterischen Tätigkeit mancher dieser Herren auf sich hat und wie wenig der Senatskommissar das innere Wesen der Konsumvereine kennt.

Wiederum stand auf Verlangen unserer Genossen namentliche Abstimmung über die Warenhaussteuer statt. In namentlicher Abstimmung fiel sie mit 56 gegen 33 Stimmen. Damit ist natürlich auch die Anwendung der Warenhaussteuer auf die Konsumvereine gefallen.

Ob dieser Beschluß heute abend — wo die Debatte fortgesetzt wird — noch weitere Konsequenzen zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Wir glauben es nicht. Jedenfalls wird die Senatsvorlage mit den bereits beschlossenen Komromißvorschlägen angenommen. Nur zu! Wir werden diese hierdurch geschaffene Situation schon bei passender Gelegenheit ausnutzen, dessen können die Herren sicher sein!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 11. Januar.

Die Sperrre aufgehoben ist von Seiten des Zentralverbandes der Steinmetzwerker über die Lübecker Granitindustrie. Die Firma erklärte sich bereit, den am Orte bestehenden Bohrtarif anzuerkennen.

Achtung Fabrikarbeiter! Die Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Lübeck, findet wegen des Reichs-Abends nicht Freitag, sondern Donnerstag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus statt. (Siehe auch Inserat.)

Avanciert ist das Organ der hiesigen Freisinnigen, das „Lübecker Tageblatt“, zum offiziellen Monitor der Gewerbesteuerfreunde. Es hat sogar den zweifelhaften Vorzug, in der Vorversammlung der Bürgerschaft als Material für den Komromiß zu dienen. Ob es sich darauf viel einbilden kann, sei dahin gestellt. Daß das „Tageblatt“ mit seiner Befürwortung einer Sondersteuer dem liberalen Programm geradezu ins Gesicht schlägt, hat bereits der liberale Herr A. Pape selbst in der Bürgerschaft erklärt. Über solche Ohrenfeinde steht das angeblich liberale Papier ein und schweigt darüber. Dafür schimpft es um so mehr auf die Sozialdemokraten, welche das tun, was es eigentlich programmatisch selbst zu tun verpflichtet wäre, nämlich die Bevölkerung einzelner Bevölkerungsschichten mit besonderen Lasten zu verhängen. Ein solches schiefes Verhalten verdient, niedriger gehängt zu werden.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde gestern der verstorbene Genosse Kluge zu Grabe getragen. Ein Zeichen hoher Wertschätzung, welches der zu früh Verschiedene in den Kreisen unserer Partei genoß. In der Gruft wurde eine ganze Anzahl Kränze mit entsprechender Widmung niedergelegt.

Als Nachfolger Hoppenstedts ist vom Senat der bisherige Landgerichtsdirektor Dr. Demler zum Landgerichtspräsidenten gewählt worden. Höffentlich bildet Dr. Demler dessen Wahl noch der Bestätigung der oldenburgischen Regierung bedarf — sich nicht zu einem zweiten Hoppenstedt aus.

Dansbecker, zahlt Steuern! Der vierte Teilbetrag der Beiträge zur Stadtwaferkasse für 1910/11 ist für die Grundstücke in den Vorstädten St. Jürgen und St. Gertrud und der zweite Teilbetrag der Grundsteuer für 1910/11 ist für die Grundstücke St. Jürgen und St. Gertrud in der Zeit vom 11. bis 20. Januar 1911 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Der gestrige zweite Vortragsabend des Genossen Rühle im großen Saale des Gewerkschaftshauses war noch stärker besucht als der erste. Der Redner fuhr in den Grundbegriffen der Wirtschaftslehre fort, gab erst noch einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung von der Haus- zur Weltwirtschaft und ergänzte in leicht verständlicher Weise den Charakter der Ware, als den der kapitalistischen Produktionszelle. Starke Beifall belohnte seine Ausführungen. Am Freitag wird Genosse Rühle zunächst den Gebrauchs Wert und Kaufwert, später den Wertewert behandeln. Dauerkarten à 50 Pfennig sind noch im Parteisekretariat zu haben.

Der Unterhaltungsabend der freien Jugend am Sonntag war sehr gut besucht. Die Darbietungen gelangen vorzüglich, so daß die Besucher vollständig auf ihre Rechnung kamen. Vor allen Dingen war es die Serie lebender Bilder des Genossen Wilhelm Kiel. Die Jugendzeit von Franz und Bett, die lebhaft applaudiert wurde. Auch der vom Genossen Werner eingelöste Reigen löste viel Beifall aus. Die Zivilmusiker wendeten viel Mühe auf das gute Konzertprogramm zur Geltung zu bringen. Doch dürfte es bei künftigen ähnlichen Veranstaltungen angebracht sein, nicht allzuviel kleine Kinder mitzubringen. Diese wirkten recht stören. Die übrigen Nummern, vor allem die Rezitationen der Jugendlichen, verdienten volle Anerkennung. So hat auch dieser Abend dazu beigetragen, der freien Jugendbewegung neue Anhänger und Freunde zuzuführen.

Ein hinnentstellender Denchehler hat sich in unserem gestrigen Artikel zum Kampf um die Gewerbesteuer eingeschlichen; es wird dort von einem eroberungswütigen Gesamtteil der Umfallkandidaten gesprochen, während es erfahrungswürdig heißen muß,

Der Hahnenschlacht hat sich der Musketier J. Rickert vom hiesigen Regiment „Lübeck“ schuldig gemacht. Das Amtsgericht der 17. Division zu Schwerin verurteilte ihn deshalb zu 6 Monaten Gefängnis und Verbrennung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Rickert, der zum Militär ausgewichen und mit einem Rekruten-Urauspass versehen wurde, stellte sich nicht, sondern ging, um sich dauernd seiner Militärschuld in Deutschland zu entziehen, nach Paris und schrieb von dort einen Brief an das zuständige Bezirkskommando des Inhaltes, das Bezirkskommando möge sich um ihn nicht weiter bemühen, da er seinen dauernden Aufenthalt in Paris genommen habe. Nach einigen Monaten berührte R. seine unüberlegte Handlungswweise, er reiste nach Deutschland zurück und stellte sich dem Bezirkskommando in Hamburg, das seine Verhaftung veranlaßte. Von dem Vertreter der Auflage wurde die Flucht des Angeklagten bei dessen Bildungsgrad scharf gerichtet und gegen ihn 8 Monate Gefängnis beantragt.

pb. Festgenommen wurden ein Arbeiter aus Wismar, der leitend der Großherzogl. Staatsanwaltschaft in Rostock wegen Diebstahls, ein Zigarrenarbeiter aus Russland, der seitens des Untersuchungrichters in Hamburg wegen Diebstahls und ein Maurergeselle aus Hamburg, der seitens der Großherzogl. Staatsanwaltschaft in Oldenburg wegen Körperverletzung steckbrieflich verfolgt werden.

pb. Gestohlene Regenschirm. Vom Flur eines Hauses der Breiten Straße ist ein Herren-Regenschirm mit schwarzem Bezug und heller, platter Naturlücke mit einem Messingschilde, auf dem der Name „Glaesner“ steht, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Gestohlene Bücher. In der Nacht vom 8./9. da. Mts. ist ein am Hause Hülfstraße 79 festgefügter Schaukasten erbrochen worden. Aus demselben wurden folgende Gegenstände gestohlen: Ein Buch mit grünem Leinenbandbezug, ein Buch mit Lederrücken und grauemeliertem Bezug, ein Buch mit grünem Rücken und rotem Bezug und ein Bild in schwarzem Rahmen, die Königin Luise darstellend, in der Größe von 26 : 40 Zmtr. Die Bücher enthalten Romane.

Neues. Stadt-Theater. Man schreibt uns: Am Mittwoch kommt bei ermäßigten Mittwochs-Breisen der Bunte Abend zur Wiederholung. Es finden Gesangs-

Vorträge der Damen Formes, Streiten, Krüger, der Herren Pistori, von Schenck, Fischer, ferner Rezitationen (überbreit-Vorträge) der Herren Grube, Albert, Stahl-Nachbaur und Hr. Bette, sowie Ballatt-Einlagen statt. — Außerdem gelangten die beiden lustigen Einakter „Othello“ Erfolg“ von Lautner und „Der Klavierlehrer“ von Schönthan zur Aufführung. — Am Donnerstag geht Shakespeares

Schauspiel „Der Kaufmann von Venetia“ nochmals in Szene. Die Rolle des Shylock spielt Herr Laube. — Am Freitag erscheint Vikings Oper „Undine“ auf dem Spielplan. Am Sonnabend, abends 7 Uhr, wird Richard Wagners Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ wiederholt. — Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet die 3. Volksvorstellung statt, und zwar kommt das wirkungsvolle Schauspiel Hermanns Sudermanns „Das Glück im Winkel“ zur Aufführung. Der Eintrittspreis für sämtliche Plätze im Theater beträgt pro Person 50 Pf. Alle Plätze werden, wie bisher, ausgelöst. Der Vorverkauf resp. die Auslosung der Billets findet am Freitag und Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaternasse statt.

Hamburg. Feuerbestattung. Die Bürgerschaft nahm am Montag ohne Verweisung an einem Flussschiff einen Antrag der Rechten an, der Senat möge eine Vorlage zur Errichtung eines staatlichen Krematoriums vorbereiten: Ein sozialdemokratischer Antrag, die unentgeltliche Leichenverbrennung oder wenigstens die staatliche fakultative Leichenverbrennung nach dem Grundsatz einzuführen, daß die Kosten der Feuerbestattung, die der Erdbestattung nicht erheblich überstreiten, wurde abgelehnt.

Hamburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstag abend 6 Uhr auf dem Groß-Neumarkt. Der sechzehnjährige Knabe Wilhelm St. aus der Kirchenstraße Nr. 10 sprang von der verkehrten Seite auf einen in voller Fahrt begriffenen Straßenbahnmagen, glitt ab und geriet unter die Räder. Beide Beine wurden dem armen Kind glatt vom Rumpfe getrennt. Nach Anlegung eines Notverbandes schaffte man den bewußtlosen kleinen ins Hafentränenhaus, doch hing man wenig Hoffnung für Erhaltung seines Lebens, da der Blutverlust sehr groß war.

Hamburg. Die Holzgewerbetreibenden auf dem Kriegsshofe. Eine von über 300 Holzgewerbetreibenden befugte Versammlung der Innungen von Hamburg, Altona und Wandsbek, die Montag abend im patriotischen Gebäude stattfand, nahm nach einem Referat des Herrn Wolstromm folgende Resolution an:

Die heute im Gebäude der Patriotischen Gesellschaft versammelten Mitglieder aller am Vertrage beteiligten Arbeitgeberorganisationen der Holzindustrie nehmen Kenntnis von der Kündigung des Vertrages seitens des Holzarbeiterverbandes; sie erklären unter gewissen Voraussetzungen ein neues Vertragsverhältnis einzugehen. Sollte dieses jedoch nicht zustande kommen, auch ohne Vertrag, arbeiten zu wollen. Sofern im letzteren Falle der Vertrag gemacht werden sollte, Arbeitgeber durch Sperren der Betriebsstätten oder sonstige Maßnahmen zur Lohnherabsetzung oder Arbeitszeitverkürzung zu nötigen, so haben sämtliche Arbeitgeber der Holzindustrie durch Schließung ihrer Betriebe für die Angegriffenen einzutreten und bis zur Schaffung von Garantien gegen weitere Störungen geschlossen zu halten. Im übrigen erblieben die Versammelten in der Aufrechterhaltung und Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises während einer vertraglosen Zeit keine Vorteile für das Gewerbe; sie verpflichten sich daher, nach Ablauf des Vertrages und bis zur Schaffung eines neuen Vertragsverhältnisses den paritätischen Arbeitsnachweis nicht zu benutzen.

Hierauf wurde in die Beratung des Vorschages der vereinigten Vorstände der versammelten Arbeitgeberorganisationen eingetreten, für alle Fälle einen Streikabkommen föndis zu schaffen. Auch diese Maßnahme wurde als ungünstig notwendig allseitig anerkannt und einstimmig der Beschluß gefasst, für die nächsten vier Wochen durch Umlage wöchentlich von allen Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Umgegend pro Arbeiter je 1 Mk. zu erheben. Der so geschaffene Streitabwandsfond soll dazu dienen, im Falle eines Lohnkampfes hilfsbedürftige Holzgewerbetreibende mit Geldmitteln zu unterstützen. Die Verwaltung ist in die Hände des Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzbundes der Holzindustrie und der Obermeister der drei Innungen Hamburg, Altona und Wandsbek gelegt.

Wilhelshaven. Arbeitersammelvertrag an der Werftarbeiter. Mehrere hundert Arbeiter der Werft in Wilhelshaven beschlossen in einer Versammlung, an den Reichstag die Bitte zu richten, auch die Arbeiter in Staatsbetrieben unter das Arbeitersammelvertrag zu stellen.

Verantwortlich für die Arbeitersammelverträge „Büderup und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel ist Paul Schmidt. Der Vorsitzende Johannes Stelling. Verleger: E. Schmarz. Druck: Verlag W. Müller.

Gänstig in Lübeck.

Komitee und Kommissionssitzungen

Silvester-Komitee

Donnerstag, den 12. Januar

abends 8½ Uhr:

Abrechnung
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50/52.

Allen Verwandten und Bekannten
ein herzliches Gebewohl bei der
Abreise nach Kiel.

Adolf Krasch.

Gesucht
1 kräftiger Arbeitswuchs
für den ganzen Tag
Benthiel, Fackenburger Allee 53

Zwei - Zimmer - Wohnung zum
1. April zu vermieten
Elmstraße 25.

Eine Wohnung mit 10 Ruten
Land zum 1. April zu vermieten.
Mori. Chr. Bock.

Zu sofort oder später
Rottwijkstraße mehrere Drei- und
Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Rottwijkstraße 48, pt. r.

Frische Eier
zu verkaufen.
Friedenstraße 68.

Tee! Tee!

Beliebte Sorten v. feinstem
Geschmack und Aroma
Pfund von Mk. 1,60 an.

Kakao
garantiert rein
1 Pfund-Paket
nur 82 Pfg.

Hamburger Kaffee-Lager
Johannes Propp
vorm. C. Retelsdorf
Holstenstraße Nr. 10.

Ziegenfleisch Bio. 40 Pfg.
22 Fünfhausen 22.

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmermöbel stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Lübeck-Rabattmarken.

Verband der Fabrikarbeiter Denshol.
Zahlstellen überall.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 12. Januar
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50/52.

Zeitung
1. Abrechnung neuer Mitglieder.
2. Bericht des Generalsekretärs
über „Gewerkschaftswesen“.
3. Anträge zur Generalversammlung
und Wahl der Delegierten zu
dieselben.
4. Abrechnung mit Unterverträgen
und Verträgen.
Um zahlreiches Gedrucktes erucht
Die Ortsverwaltung.

Epur
Unbedingt das einfachste Waschmittel

Für die Wäsche das Beste!

1/4 Pfund 60 Pfg
1/2 Pfund 80 Pfg

Vertreter: C. P. Andresen & Co., Lübeck, Hütstraße 47, II.

Restaurant „Zur goldenen Traube“

Depenau 27.

Bei jeder Tageszeit:
Beefsteak mit Kartoffeln, große Portion (Pferdefleisch) 45 Pfg.
Deutsches Beefsteak " " " 40 Pfg.
Gulasch " " " 45 Pfg.
Guter bürgerlicher Mittagstisch von 60 Pfg. an.

Hans Grevesmühl.

**Mehl, Futterstoffe,
Hühnchenfrüchte**
Spezial: C. Breitstadt,
Geschäft Beckergrube 73.

Visitkarten

ff. Elfenbeinkarton

100 Stück von Mk. 1,- an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.



General-Versammlung

am Donnerstag, d. 12. Januar
im Vereinslokal, Hundeestr. 41.

Lage-Ordnung:
1. Berichte. 2. Wahlen. 3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen

Versammlung

am Donnerstag, d. 12. Januar

abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Lage-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Haussagitation vorm Holsteinort-Süd.

3. Aus dem Bericht der Zentrale
für Jugendfürsorge in Berlin.
4. Geselliger Abend.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Einberuferin.

Achtung!

Steinsetzer u. Berufsgen.

Versammlung

am Donnerstag, d. 12. Januar

abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Lageordnung wird in der Ver-

sammlung bekannt gemacht.

NB. Es findet die Ausgabe der
neuen Bücher und Statuten statt,
deshalb ist es Pflicht eines jeden
Kollegen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung!

Koll- und Blodwagen-

fischer, Mauten,

Bader ic.

Sektions - Versammlung

am Donnerstag, d. 12. Januar

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Lage-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung.

2. Unsere Verbandsangelegenheiten.

In Anbetracht der Wichtigkeit der
Lageordnung ist es Pflicht jedes

Kollegen, in dieser Versammlung

zu erscheinen.

Der Vorstand.

Hofenselle,

Rath, Miss, Mörder, Schiefe ic.

Pferdehaarre,

Brähnen, Schädelhaarre ic. ic.

fast zu höchsten Tagespreisen

J. L. Würzburg, Bahnhofstraße

23 a.

Lastadiearbeiter!

Die Sektionsversammlung
am kommenden Donnerstag
fällt umständshalber aus.
Der Vorstand.

(W) **Gesangverein**
„Eintracht“.

General-Versammlung
am Donnerstag, d. 19. Januar

abends 8½ Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Lage-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Abrechnung vom 4. Quartal 1910.

3. Vorstandswahlen.

4. Wahl der Delegierten zum Haupttag.

5. Unser diesjähriger Ausflug.

6. Maskenball.

7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentral-Hallen

Dankwartgrube 20.

Jeden Donnerstag:

Großes Tanzfrühstück.

Eintritt für Herren 25 Pfg., für
Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.

H. Pagel.

Hansa-Theater

Joh-Classen

Täglich bis inkl.

12. Januar,

Ausgang 8½ Uhr

Mein Bruder
das'n Lüder.

Lachen über Lachen!

Am 13., 14. u. 15. Jan.

Letzte Tage!

Ne nette
Verwandtschaft.

Hochkomisch!

Stadthallentheater.

Freitag, 13. Jan. Abds. 8 Uhr.

Der Meister.

Komödie von Hermann Bahr.

Verkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Roh, Kohlmarkt 13.

Vorläufige Anzeige!

Montag, 16. Jan. Abds. 8 Uhr.

Erstes Gastspiel d. „Parisienne“

American-French Sketch
Company.

Direct.: Adolf Walter-Paris-Hambg.

Per Eilgut, Sketch von A. W. Paris.

Wegen plötzlicher Hindernisse,
von Roquette.

Wer? Sketch von de Lorde und
Montignac.

Besetzt! von A. W. Paris.

Gewöhnliche Preise!

Dankeskarten ungültig.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 12. Jan. 7½ Uhr.

Voll-Abo. 101. Donnerst. Ab. 16.

Der Kaufmann von Venedig.

Schauspiel von W. Shakespeare.

Freitag, 13. Januar. 7½ Uhr.

Undine.

Romant. Oper von Döring.

Vorläufige Anzeige.

Sonntag, 15. Jan. Abds. 7½ Uhr.

Gewöhnliche Opern-Preise!

Gastspiel d. Königl. Kammeroper.

Alois Pennini

vom Hamburger Stadt-Theater.

Cavalleria rusticana

Oper von Mascagni.

Heraus: Der Bajazzo.

Oper von Leoncavallo.

Geschäftsmann kam eine Schriftkunde, daß man keine Frau.

Mars wollte sie dort mit den Kunden? Es wird doch

nicht so einfach sein, um auf dem Platz niederzugehen und zu warten nur in Präge-

geld und Sonnenblume.

„Bruno führt seine Frau nicht verriet. Eine Frau sprach laut und ruhig.

„Sie trat er näher. Sie hatten ihn schon gehört.“

„Er sprang sein Gehöft zu einem Läufeln.“

„Sie glaubte, Diphtheritis — die Krankheit ist in

der Stadt. Die Kinder sind ja schwach und halten nicht

lang.“ Bruno war es, als müßte er umfallen. Mit zitternden

Handen fuhr er über die lachenden Männer der Kunden.

„Sie Augen sahen nichts. Gutes um ihn her fand an sich

um sich den Kopf zu führen. Wie wohl das tat!“

„Sie lange zu beginnen, ließ er dann zum Platz. Der war

ein Menschenfeind, die Fleisch der Südländer.

„Er ging gleich mit, obwohl er wußte, daß er auf das

Kommt mir die Verluste haben müssen. Er konnte Gise

und mißte alles. Das brauchte es da lange Entschuldigung.“

„Wißt, reine Menschenfeind“, murmelte fortwährend Bruno. Bruno glaubte einen Engel seien

zu hören. So hatte lange kein Mensch mehr

zu ihm gelitten! Das zeigte Hoffnung. „Doch

„Sie spät!“ Bruno hörte das Wort. Wer hatte gejagt?

„Er sah und hörte nichts mehr, aber in

seinen Sinne, da sprach es, sprach es überlaut: „Nein,

ich will es nicht! Ich will werden.“

„Kumpf ließ Bruno Körper am Boden auf.“ Es war

jetzt gespenst. Gome lag er im heftigen Schmerz; er genos

leid. „Sie Kinder waren ihm erhalten gebüttet.“ Der

Sturm hatte übermenschliche Kraft, hatte übermenschliche Gefahr.

„Sie Kinder waren ihm erhalten gebüttet.“ Der Sturm

wurde 26.1.88. In den 1.1.88. in Deutschland

gesetzt, doch man sagte, Württemberg und Bayern noch

frankheiten, fröhlich, fröhlich, fröhlich, fröhlich, fröhlich,

fröhlich, fröhlich, fröhlich, fröhlich, fröhlich, fröhlich,

<p